



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2007

Band VIII

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 07	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	9
Zusammenfassung der Stellenübersicht	11
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2007	12
Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	14
Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen	32
Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt	41
Kapitel 07 040 Gesundheit	62
Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung	74
Kapitel 07 060 Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht	79
Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur	92
Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie	105
Kapitel 07 130 Landesamt für Arbeitsschutz	112
Kapitel 07 135 Maßregelvollzug	123
Kapitel 07 150 Sozialversicherung	126
Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung	131
Kapitel 07 180 Landeskrankenhäuser	147
Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin	150
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2007	158
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2007	160
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	163

VORWORT

VERZEICHNIS

Verzeichnis der Behörden und Einrichtungen

A. Behörden

1. Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus
2. Landesamt für Arbeitsschutz

B. Einrichtungen

1. Landesinstitut für Rechtsmedizin in Potsdam mit Außenstelle in Frankfurt (Oder)

Aufgabenbereich und Aufbau der Verwaltung sowie sonstige Erläuterungen zum Einzelplan

Der Einzelplan 07 enthält im Einzelnen die Einnahmen und Ausgaben folgender Kapitel:

Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt

Kapitel 07 040 Gesundheit

Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Kapitel 07 060 Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur

Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Kapitel 07 130 Landesamt für Arbeitsschutz

Kapitel 07 135 Maßregelvollzug

Kapitel 07 150 Sozialversicherung

Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Kapitel 07 180 Landeskrankenhäuser

Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

Kapitel 07 010: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Das Ministerium ist zuständig für die Angelegenheiten

- der Frauenpolitik und der Gleichstellungsfragen
- des Arbeitsmarktes, des Arbeitsrechts, des Lohn- und Tarifwesens, der beruflichen Weiterbildung, der außerbetrieblichen und betrieblichen beruflichen Bildung, des technischen und des sozialen Arbeitsschutzes
- der Gesundheitspolitik, des Gesundheitsrechts einschließlich des Rechts der Heilberufe, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Rettungswesens, der Gesundheitsfürsorge, des Krankenhauswesens und der Genehmigung von Krankenhauspflegesätzen, der Psychiatrie, des Apothekenwesens, der Arzneimittelüberwachung und der Prüfung der Kranken- und Pflegeversicherungen (Sozialversicherung) einschließlich der Aufsichts- und Kontrollaufgaben
- der Sozialpolitik, der Sozialhilfe, der Altenpolitik sowie der sozialen Berufe, der Behindertenpolitik, des sozialen Entschädigungsrechts, der Kriegsopfer- und Schwerbehindertenfürsorge, der sozialen Belange und der Integration von Ausländern, Aussiedlern, Flüchtlingen und Asylbewerbern, der Förderung der Familie sowie der Altenpolitik und Altenhilfe.

Für die unter den nachstehenden Kapiteln aufgeführten Behörden und sonstigen Einrichtungen ist das Ministerium die oberste Dienstbehörde.

Kapitel 07 020: Allgemeine Bewilligungen

Dieses Kapitel enthält insbesondere die für den gesamten Einzelplan zentral veranschlagten Mittel.

Kapitel 07 030: Arbeitsmarkt

In diesem Kapitel sind die Mittel für die Arbeitsmarktförderung des Landes Brandenburg insbesondere im Rahmen des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ veranschlagt. Mit diesen Mitteln wird vor allem die berufliche Erstausbildung junger Menschen, die Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen, die Fachkräftesicherung, die Integration arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen in das Erwerbsleben sowie die qualifizierende Beratung von Existenzgründern unterstützt.

Im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2007 bis 2013 sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen in folgenden Politikbereichen gefördert werden:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- Verbesserung des Humankapitals
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Das Kapitel enthält außerdem die Mittel zur Finanzierung der LASA Brandenburg GmbH, die als Dienstleister im Bereich der Arbeitsmarktpolitik tätig ist.

Die Mittel für die EU-Förderperiode 2000 bis 2006 (Ausfinanzierung bis 31.12.2008 möglich) werden – jeweils getrennt nach ESF- und Landesmitteln – in den Titelgruppen 70 bis 73 bereitgestellt. Die Mittel für die neue EU-Förderperiode 2007 bis 2013 sind entsprechend in den Titelgruppen 74 bis 77 veranschlagt.

Kapitel 07 040: Gesundheit

Im Kapitel 07 040 sind die Ausgaben für Überwachungsaufgaben nach dem Arzneimittelgesetz, die Ausgaben zugunsten der Luftrettung sowie die Ausgaben für Prävention, Gesundheitsförderung, die Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker und den Gesundheitsschutz veranschlagt.

Darüber hinaus sind Mittel zur Förderung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe sowie der psychiatrischen Versorgung in diesem Kapitel enthalten.

Kapitel 07 050: Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Das Kapitel 07 050 enthält die Ausgaben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) vom 14. November 2003 (BGBl. I S. 2190) sowie die Ausgaben aufgrund von Artikel 14 des Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz – GSG) vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2266), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds „Deutsche Einheit“ (Solidarpaktfortführungsgesetz – SFG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955).

Für die Ausgaben gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz sind Einnahmen in entsprechender Höhe bei der Haushaltsstelle 07 020 / 337 10 veranschlagt.

Kapitel 07 060: Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Die Aufwendungen für Anspruchsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und ihnen nach § 82 BVG gleichgestellte Personen (nach dem Soldatenversorgungsgesetz [SVG], Zivildienstgesetz [ZDG], Häftlingshilfegesetz [HHG], Unterhaltsbeihilfegesetz [UBG]) sowie die Aufwendungen für Körperersatzstücke, orthopädische Hilfsmittel usw. werden zu 80 bzw. 100 vH vom Bund getragen. Veranschlagt sind die anteiligen vom Land zu tragenden Aufwendungen.

Darüber hinaus sind Mittel veranschlagt nach dem

- Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,
- Infektionsschutzgesetz (IfSG) für Personen, die einen Impfschaden erlitten haben,
- Gesetz über die Entschädigung von Opfern von Gewalttaten (OEG - der Bund trägt 40 vH der Geldleistungen) und
- Anti-D-Hilfegesetz.

Die Personal- und Sachausgaben trägt das Land Brandenburg; sie sind bei Kapitel 07 160 veranschlagt.

Eine Sonderstellung nimmt die Verwaltung der Ausgleichsabgabe für nicht mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze ein (Titelgruppe 70). Die dort vorhandenen Mittel stellen ein Sondervermögen dar, das ausschließlich für Zwecke nach dem SGB IX verwendet werden darf.

Kapitel 07 070: Förderung der Sozialstruktur

In diesem Kapitel sind die Mittel für die Wahrnehmung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gemäß § 2 Abs. 1 AG-SGB XII veranschlagt. Aufgrund der ab dem 01.01.2007 geltenden Rechtslage wurden die für eine Erstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger bislang in diesem Kapitel veranschlagten Mittel wegen der Neuregelung der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in den Einzelplan 20 umgesetzt.

Darüber hinaus sind Mittel für Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz, Mittel für die Förderung des Baues und den Betrieb von sozialen Einrichtungen sowie Mittel für sozialpolitische Maßnahmen wie die Integration von behinderten Menschen veranschlagt.

Dieses Kapitel enthält auch die Mittel für das mit dem Bund finanzierte Investitionsprogramm für Pflegeeinrichtungen.

Kapitel 07 080: Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Im Kapitel 07 080 sind die Mittel für Maßnahmen der Frauenpolitik und Gleichstellungsangelegenheiten, für Frauenhäuser sowie insbesondere für Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz und nach der Insolvenzordnung veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Mittel für Maßnahmen der Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung in diesem Kapitel enthalten.

Kapitel 07 130: Landesamt für Arbeitsschutz

In diesem Kapitel sind die Mittel für das Landesamt für Arbeitsschutz des Landes Brandenburg veranschlagt. Das Landesamt für Arbeitsschutz ist eine Landesoberbehörde und besteht aus einem Zentralbereich mit Sitz in Potsdam sowie aus den Regionalbereichen West mit Sitz in Neuruppin und dem Dienstort Potsdam, dem Regionalbereich Süd mit Sitz in Cottbus und dem Regionalbereich Ost mit Sitz in Eberswalde und dem Dienstort Frankfurt/Oder.

Die Kernaufgabe des Landesamtes mit seinen Regionalbereichen besteht darin, die im Rahmen der durch Gesetze und Verordnungen begründeten Zuständigkeiten erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse zu erteilen, die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften in den Betrieben und an Arbeitsplätzen außerhalb von Betrieben zu überwachen, unsichere Produkte vom Markt zu nehmen sowie Arbeitgeber, Beschäftigte, Hersteller und Verbraucher über ihre Pflichten und Rechte zu beraten.

Kapitel 07 135: Maßregelvollzug

Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung aller im Rahmen des Vollzuges der Maßregeln der Besserung und Sicherung psychisch kranker Straftäter entstehenden Kosten, erstmals auch Kosten von Nachsorgeeinrichtungen („Institutsambulanzen“). Die Versorgung psychisch kranker Straftäter erfolgt vorrangig in Einrichtungen des Maßregelvollzugs im Land Brandenburg – im Bedarfsfalle auch in anderen Bundesländern. Nach Ausgliederung der Landeskrankenhäuser aus der Landesverwaltung wurde die Durchführung der hoheitlichen Aufgabe des Maßregelvollzuges per Beleihungsakt an private Träger übertragen.

Versorgungsleistungen je nach jährlicher Steigerung der individuellen Versorgungsbezüge (in Mio. EUR):						
bei 0,5 % jährlicher Steigerung	2,4	3,7	4,5	5,1	4,6	3,5
bei 1,0 % jährlicher Steigerung	2,5	3,9	4,8	5,6	5,2	4,0
bei 1,5 % jährlicher Steigerung	2,5	4,1	5,2	6,2	5,9	4,6

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Prognose auf den Daten für die Ende 2005 aktiven Beamten und Richter sowie Versorgungsempfänger beruht. Die Prognose umfasst nicht die Leistungen für Hinterbliebene sowie die Beihilfen für Versorgungsempfänger. Für das Jahr 2010 ergibt sich aufgrund einer im Band „Haushaltsgesetz 2007“ näher erläuterten Prognoseunschärfe für die kurzfristige Perspektive eine Abweichung zu den oben genannten Versorgungsausgaben auf der Basis der mittelfristigen Finanzplanung.

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme und Gemeinschaftsinitiativen des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2000 bis 2006

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2007	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 70)

	07 030 / 684 71	88.289	62.799	16.620	8.870
A Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik		27.882	19.572	8.310	0
B Gesellschaft ohne Ausgrenzung		2.775	1.915	0	860
C Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen		17.372	12.782	0	4.590
D Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist		38.650	27.400	8.310	2.940
E Chancengleichheit von Frauen und Männern		1.610	1.130	0	480

Förderperiode 2007 bis 2013

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2007	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 74)

	07 030 / 684 75	28.133	24.263	0	3.870
A Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen		4.732	4.093	0	639
B Verbesserung des Humankapitals		12.654	10.990	0	1.664
C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen		10.747	9.180	0	1.567

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 76)

Technische Hilfe	07 030 / 685 77	2.666,7	2.000	0	666,7
------------------	-----------------	---------	-------	---	-------

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2007

Einzelplanübersicht

Planmäßige Beamte und Richter	2006	2007
1 Planmäßige Beamte und Richter	337,00	339,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00
3 Angestellte	774,00	752,00
4 Arbeiter	20,00	9,00
Stellensoll (1-4)	1.131,00	1.100,00
Beamte im Vorbereitungsdienst	3,00	3,00
Auszubildende	22,00	22,00
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	7,00	10,00
Angestellte	63,00	87,00
Arbeiter	1,00	1,00
Summe Leerstellen	71,00	98,00

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
Haushaltsübersicht 2007

Einzelplan

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07010		7.500			7.500	12.273.700
07020		28.000		25.564.500	25.592.500	1.099.300
07030		431.000	118.709.400		119.140.400	
07040		1.148.400			1.148.400	
07050						
07060		11.688.500	2.814.000	9.325.000	23.827.500	
07070		395.000	174.000		569.000	
07080		19.900			19.900	
07130		816.000			816.000	11.038.200
07135						481.900
07150						
07160		261.200			261.200	26.890.000
07180						
07190		1.300.000			1.300.000	1.379.000
Summe 2007		16.095.500	121.697.400	34.889.500	172.682.400	53.162.100
Summe 2006		27.525.300	124.735.600	33.674.500	185.935.400	49.089.000
Vgl. zu 2006		-11.429.800	-3.038.200	+1.215.000	-13.253.000	+4.073.100

Haushaltsübersicht 2007

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
1.813.300	602.800		155.500		14.845.300	-14.837.800
709.700	13.000				1.822.000	+23.770.500
1.000	136.506.700		1.294.000		137.801.700	-18.661.300
76.900	4.086.700		6.213.500		10.377.100	-9.228.700
	11.122.100		96.758.400		107.880.500	-107.880.500
	32.320.700		2.905.000	8.556.000	43.781.700	-19.954.200
	61.189.000				61.189.000	-60.620.000
117.100	7.273.800				7.390.900	-7.371.000
1.285.500			103.000		12.426.700	-11.610.700
	28.028.300				28.510.200	-28.510.200
					0	0
4.142.900			80.000		31.112.900	-30.851.700
					0	0
528.100			68.700		1.975.800	-675.800
8.674.500	281.143.100		107.578.100	8.556.000	459.113.800	-286.431.400
5.497.600	581.374.800		108.241.500	7.453.000	751.655.900	-565.720.500
+3.176.900	-300.231.700		-663.400	+1.103.000	-292.542.100	+279.289.100

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
--------	-----	-----------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 02.02.2005 (GVBl. II Seite 94).

119 10	011	Sonstige Einnahmen	226	1.000	1.000
--------	-----	--------------------	-----	-------	-------

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	1.000	0
--------	-----	---	---	-------	---

aus Titelgruppen:	6.500	6.500
--------------------------	--------------	--------------

Summe HGr. 1:	8.500	7.500
---------------	-------	-------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 427 49.

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung

119 70	011	Sonstige Einnahmen	4.177	6.100	6.100
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

231 70	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund	58.262	0	0
--------	-----	-------------------------------	--------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Zuschüsse des Bundes vereinnahmt, die zur Umsetzung von Förderprogrammen des Bundes bereitgestellt werden.
Die Zuschüsse des Bundes und anteilige Landesmittel werden in der Titelgruppe 70 bei den Titeln 427 70, 526 70, 527 70, 531 70 und 684 70 verausgabt.

272 70	011	Zuschüsse der Europäischen Kommission zur Durchführung eines Projektes zur multikulturellen Integration und gegen Rassismus	150.836	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Zuschüsse der Europäischen Kommission vereinnahmt, die zur Finanzierung von Projekten zur Akzeptanz der EU-Osterweiterung bereitgestellt werden.
Der Zuschuss der Europäischen Kommission und anteilige Landesmittel werden in der Titelgruppe 70 bei den Titeln 427 70, 526 70, 527 70, 531 70 und 684 70 verausgabt.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	6.100	6.100
-------------------------------------	-------	-------

TGr. 80 Behindertenbeauftragte(r) des Landes Brandenburg

119 80	011	Sonstige Einnahmen	0	400	400
--------	-----	--------------------	---	-----	-----

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	400	400
-------------------------------------	-----	-----

TGr. 90 Twinning-Programm der Europäischen Union

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(271 90)	023	Erstattungen von der Europäischen Union	0	0	
----------	-----	---	---	---	--

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0
-------------------------------------	---	---

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 010 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0
-----------------	-----	----------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	6.500	6.500
-----------------------	----------------------------------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Im Einzelplan 07 sind für das Haushaltsjahr 2007 insgesamt 1.100 Stellen (Planstellen und Stellen) ausgebracht. Gemäß den Beschlüssen der Landesregierung vom 01. Februar 2005 und 20. Juni 2006 müssen davon bis Ende 2009 87 Stellen und bis Ende 2010 weitere 60 Stellen entfallen. Im Haushaltsplan 2007 sind davon bereits 11 Stellen durch kw-Vermerke untersetzt, die bis Ende 2007 zu vollziehen sind. Die darüber hinaus zu erbringende Einsparung von 136 Stellen wird durch kw-Vermerke in den nachfolgenden Haushaltsaufstellungsverfahren untersetzt.

421 10	011	Bezüge der Ministerin	127.279	125.700	125.500
--------	-----	-----------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Amtsbezüge der Ministerin gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung für die Ministerin. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Vorschriften gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	4.224.767	4.197.800	4.431.300
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	4.431.300
2. Aufwandsentschädigung	
3. Sonstige Leistungen	
Summe	4.431.300

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2006	2007
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00
Ministerialdirigent	1) B6	hD	4,00	4,00
davon ku: 4,00 nach B5 hD mit Ausscheiden der Stelleninhaber				
Ministerialrat	B3	hD	0,00	1,00
Ministerialrat	2) B2	hD	16,00	16,00
Ministerialrat	A16	hD	12,00	12,00
Regierungsdirektor	3) A15	hD	13,00	13,00
Medizinaldirektor	A15	hD	1,00	1,00
Gewerbedirektor	A15	hD	2,00	2,00
Oberregierungsrat	A14	hD	20,00	18,00
davon ku: 4,00 nach A13 hD mit Ausscheiden der Stelleninhaber				
Oberwirtschaftsverwaltungsrat	A14	hD	0,00	1,00
Regierungsrat	A13	hD	5,00	6,00
Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	6,00	6,00
Oberamtsrat	A13	gD	23,00	24,00
Amtsrat	A12	gD	12,00	12,00
Regierungsamtmann	A11	gD	11,00	11,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2,00	2,00
Zusammen:			128,00	130,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Leerstellen:

Ministerialrat	B2	hD	2,00	2,00
Ministerialrat	A16	hD	1,00	1,00
Oberregierungsrat	A14	hD	2,00	2,00
Amtsrat	A12	gD	1,00	1,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	0,00	1,00
Regierungsinspektor	A9	gD	1,00	1,00

Zusammen:			7,00	8,00
------------------	--	--	-------------	-------------

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) ku nach Bes.-Gr. B5 mit Ausscheidens des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004
- 2) Auf diesen Planstellen können auch Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.
- 3) Auf diesen Planstellen können auch Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2007

Zugänge:

Sonstige Zugänge			
1,00	B3 hD	Ministerialrat	Kompensation durch Abgang einer Stelle AT B3 bei 07 010/ 425 10
1,00	Sonstige Zugänge		
1,00	Stellen Zugänge insgesamt		
1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
1,00	A13 hD	Regierungsrat	Umwandlung von A14 hD	wegen Ausscheiden Stelleninhaber
1,00	A13 gD	Oberamtsrat	Umsetzung von 04 110 / 422 10	
2,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
2,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
1,00	A14 hD	Oberregierungsrat	Umwandlung nach A13 hD	wegen Ausscheiden Stelleninhaber
1,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
1,00	Stellen Abgänge insgesamt			
1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

Stellenumbenennungen:

1,00	A14 hD	von Oberregierungsrat nach Oberwirtschaftsverwaltungsrat
1,00		
1,00		

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen			
1,00	A10 gD	Regierungsoberinspektor	Umsetzung Altersteilzeit
1,00	Zugänge neue Stellen		
1,00	Stellen Zugänge insgesamt		
1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

422 25	011	Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

425 10	011	Vergütungen der Angestellten	6.424.546	7.099.000	7.608.800
--------	-----	------------------------------	-----------	-----------	-----------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 425 10

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	55.000
1.2	- tariflichen Angestellten	7.553.800
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
4.	Vergütung für Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	
Summe		7.608.800

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
AT B 3	hD	1,00	0,00
I	hD	4,00	4,00
Ia	hD	10,00	10,00
Ib	hD	8,00	8,00
Ila	hD	3,00	3,00
III	gD	34,00	34,00
IVa	gD	20,00	20,00
IVb	gD	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
Vb	gD	0,00	1,00
Vc	mD	2,00	2,00
VIb	mD	11,00	11,00
VII	mD	16,00	15,00
davon kw:	4,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
Zusammen:		110,00	109,00
Auszubildende:			
Praktikant	eD	15,00	15,00
Zusammen:		15,00	15,00
Leerstellen:			
AT B 3	hD	1,00	0,00
AT B 2	hD	1,00	1,00
I	hD	2,00	0,00
Ia	hD	1,00	2,00
Ib	hD	1,00	3,00
Ila	hD	1,00	2,00
III	gD	2,00	4,00
IVb	gD	1,00	1,00
Vb	gD	0,00	1,00
Vc	mD	1,00	1,00
VIb	mD	1,00	1,00
VII	mD	1,00	1,00
Zusammen:		13,00	17,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2007

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1,00

VII mD

1,00

Abgänge durch Personalbedarfsplanung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 425 10

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	AT B 3 hD	Kompensation für Stellenzugang bei 07 010/422 10
1,00	Sonstige Abgänge	
2,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	Vb gD	Umsetzung von 04 110 / 425 10
1,00	Umwandlungen / Umsetzungen	
1,00	Stellen Zugänge insgesamt	
1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	Ia hD	Umsetzung Altersteilzeit
2,00	Ib hD	Umsetzung Altersteilzeit
1,00	Ila hD	Umsetzung Altersteilzeit
1,00	III gD	Umsetzung Altersteilzeit
1,00	III gD	Umsetzung Elternzeit
1,00	Vb gD	Umsetzung Elternzeit
7,00	Zugänge neue Stellen	
7,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	AT B 3 hD	vorzeitige Beendigung Altersteilzeit
1,00	I hD	Beendigung Elternzeit
1,00	I hD	Ausscheiden Stelleninhaber
3,00	Sonstige Abgänge	
3,00	Stellen Abgänge insgesamt	
4,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25	011	Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

426 10	011	Löhne der Arbeiter	55.195	30.100	35.800
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- Arbeiter	35.800
1.2	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
	Summe	35.800

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
PT	eD	1,00	1,00
Zusammen:		1,00	1,00

426 25	011	Löhne aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

427 20	011	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	131.760	59.200	62.600
--------	-----	-------------------------------------	---------	--------	--------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütung von Aushilfskräften zur Überwindung von Arbeitsengpässen (1 BAT Vc, 1 BAT IXb jeweils für 12 Monate).

427 49	011	Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Vergütungen und Löhnen bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	8.583	9.700	9.700
--------	-----	--------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Trennungentschädigung	2.200
2. Umzugskostenvergütung	7.500
3. Aufwandsentschädigung bei Auslandsverwendung	0
Summe	9.700

Summe HGr. 4:	11.521.500	12.273.700
---------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	96.066	70.000	100.000
--------	-----	---	--------	--------	---------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Geschäftsbedarf	26.000
2. Bücher, Zeitschriften	39.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18.000
4. Sonstiges	17.000
Summe	100.000

Mehr in Anpassung in den Bedarf.

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	59.020	71.500	63.500
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Postgebühren	32.500
2. Mobilfunkanschlüsse	5.000
3. Fernmeldegebühren	22.000
4. Sonstiges	4.000
Summe	63.500

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 511 20

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 10 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 89 1.600 1.600

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.100
3. Verbrauchsmittel	0
4. Sonstiges	500
Summe	1.600

514 25 011 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB 195.700
neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

	2007 EUR
1. personengebundenen Fahrdienst	106.400
2. allgemeinen Fahrdienst	89.300
Summe	195.700

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in Potsdam.

517 10 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 10.127 95.000 15.000

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Heizung	0
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0
4. Grundbesitzabgaben	0
5. Bewachungskosten	5.000
6. Sonstiges	10.000
Summe	15.000

Weniger wegen Übergabe der Hausverwaltung an den BLB, Niederlassung Potsdam, Abteilung Gebäudemanagement für folgende Objekte:

MASGF, Häuser 3, 5, 8, 9, 10, 12, 14 und 23,
Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam

518 20 011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 59.810 62.000 62.000

Erläuterungen:

Mietausgaben für integrierte Kopier- und Drucktechnik (15 Multifunktionsgeräte, 10 Drucker).

518 25 011 Mietzahlungen an den BLB 964.200
neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 518 25

					2007 EUR
		1. MASGF, Häuser 3, 5, 8, 9, 10, 12, 14 und 23, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam (einschl. Stellplatzkosten i. H. v. 57.800 EUR)			964.200
		Summe			964.200

519 10	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	10.000	0
--------	-----	---	---	--------	---

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung bei Titel 518 25. Im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells sind Unterhaltungspauschalen Bestandteil der Mietzahlungen an den BLB.

525 10	011	Aus- (und Fort)bildung	46.580	46.600	46.600
--------	-----	------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

					2007 EUR
		1. Aus- und Fortbildung			46.600
		2. Lehr- und Lernmittel			0
		Summe			46.600

Die Ausgaben dienen insbesondere der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes.

526 10	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	90.630	41.000	43.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Einnahmen aus der Erstattung von Rechtsanwaltskosten und Gerichtsgebühren fließen den Ausgaben zu.

527 10	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	60.969	79.000	79.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	906	600	600
--------	-----	--	-----	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Tätigkeit der Personal- und der Hauptpersonalvertretung.

529 10	011	Verfügungsmittel	3.021	5.100	5.100
--------	-----	------------------	-------	-------	-------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

					2007 EUR
		1. Ministerin			3.500
		2. Staatssekretär			900
		3. Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung Cottbus			350
		4. Direktor des Brandenburgischen Landesinstituts für Rechtsmedizin Potsdam			50
		5. Direktor des Landesamtes für Arbeitsschutz einschl. der Leiter der Regionalstellen Cottbus, Eberswalde, Frankfurt, Neuruppin und Potsdam			300
		Summe			5.100

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
533 10	011	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen, Sitzungen und Veranstaltungen	17.847	4.000	4.000
Erläuterungen:					
Sitzungen, Tagungen, Amtseinführungen und -verabschiedungen, Konferenzen und Veranstaltungen des MASGF einschließlich Geschäftsbereich.					
539 10	011	Ordensverleihung, offizielle Glückwünsche			0
neu					
Erläuterungen:					
Vorsorglich ausgebracht zur Finanzierung der Rahmengestaltung von Ordensverleihungen (Feierstunde, Blumengebinde, Urkunden etc.).					
546 10	011	Sonstiges	2.121	100	100
Erläuterungen:					
Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Auslagen für Vorstellungsreisen.					
546 30	011	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0	0	0
547 10	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	13.000	11.000
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Übertragung des Vorsitzes im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik und der beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie einzurichtenden Geschäftsstelle des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik entstehen.					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(518 30)	011	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	
aus Titelgruppen:				221.600	221.900
Summe HGr. 5:				721.100	1.813.300
HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
685 20	011	Zuschuss an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	5.626	7.700	7.700
Erläuterungen:					
Die Mittel sind veranschlagt für die institutionelle Förderung der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS). Diese Einrichtung ist unter dem Gesichtspunkt der EU-rechtlichen Anforderungen errichtet worden. Aufgabe dieser Stelle ist es, im Rahmen des Gerätesicherungsgesetzes und des Gefahrstoffrechts den Stand der Produkt- und Anlagensicherheit bzw. der Messtechnik und des Arbeitsschutzes zu halten und zu verbessern. An der Finanzierung dieser Einrichtung beteiligen sich die Bundesländer gemäß Artikel 4 des "Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts vom 13. März 2003". Die Haushaltsstelle ist ausgebracht für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg.					
aus Titelgruppen:				595.100	595.100
Summe HGr. 6:				602.800	602.800

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16.005	45.000	45.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Erstbeschaffung	0
2. Ersatzbeschaffung	
2.1. Ersatzbeschaffung von Mobiliar	45.000
Summe	45.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(811 10)	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0
----------	-----	----------------------------------	---	---

aus Titelgruppen:	20.000	110.500
-------------------	--------	---------

Summe HGr. 8:	65.000	155.500
---------------	--------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 70 Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung

Einnahmen bei den Titeln 231 70 und 272 70 dürfen zur Deckung von Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Bundesmittel

Aus den veranschlagten Mitteln der Titelgruppe werden Landesmittel bereitgestellt, um zufließende Bundesmittel kofinanzieren zu können.

EU-Mittel

Aus den veranschlagten Mitteln der Titelgruppe werden Landesmittel bereitgestellt, um zufließende EU-Mittel kofinanzieren zu können.

427 70	011	Vergütungen für Zeitangestellte	121.814	0	0
--------	-----	---------------------------------	---------	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 70 und 272 70.

511 70	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	482	600	600
--------	-----	---	-----	-----	-----

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0
2.	Bücher, Zeitschriften	600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0
4.	Sonstiges	0
Summe		600

525 70	011	Aus- (und Fort)bildung	0	0	0
--------	-----	------------------------	---	---	---

526 70	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	76.518	3.500	3.500
--------	-----	--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachverständigen- und Rechtsanwaltskosten von Opfern rassistischer Überfälle, um Schadenersatzansprüche geltend machen zu können, sowie für erforderliche Dolmetscher- und Übersetzertätigkeiten. Darüber hinaus siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 70 und 272 70.

527 70	011	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	2.931	3.500	3.500
--------	-----	---------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 70 und 272 70.

531 70	013	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	5.988	5.900	5.900
--------	-----	---	-------	-------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 531 70

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit des/der Integrationsbeauftragten zur Information ausländischer Zuwanderer und der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere Druckkosten für Broschüren.
Darüber hinaus siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 70 und 272 70.

541 70	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	3.633	4.400	4.400
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Landesweit wirksame Veranstaltungen und Fachkonferenzen.

681 70	011	Humanitäre Soforthilfe für natürliche Personen	3.391	3.400	3.400
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Linderung akuter Notlagen in humanitär begründeten Einzelfällen.

684 70	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	553.010	558.400	558.400
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

*Aus diesem Titel können auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen des/der Integrationsbeauftragten bestritten werden.
Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).*

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	255.600
davon fällig:	
2008 bis zu	255.600
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		255.600		255.600
2008			255.600	255.600
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		255.600	255.600	511.200

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Zuwendungen für laufende Zwecke an Initiativen und Vereine, die für interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wirken	118.400
2. Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) im Land Brandenburg	440.000
Summe	558.400

Darüber hinaus siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 70 und 272 70.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 579.700 579.700

TGr. 80 Behindertenbeauftragte(r) des Landes Brandenburg

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

511 80	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	300	300
--------	-----	--	---	-----	-----

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0
2.	Bücher, Zeitschriften	300
3.	Geräte, Ausstattungsgegenstände	0
4.	Sonstiges	0
	Summe	300

526 80	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100	500	500
--------	-----	---	-----	-----	-----

Erläuterungen:

Aufbau Landesarbeitsgemeinschaft "Kulturkunst unbehindert".

531 80	013	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	0	600	600
--------	-----	--	---	-----	-----

Erläuterungen:

Aufbau der Internetpräsenz des Landesbeauftragten.

533 80	011	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen	1.859	2.500	2.800
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Teilnahme an bundesweiten Tagungen	500
2.	Geschäftsstelle des Landesbehindertenbeirates/Tagungen	1.600
3.	Tagungen der kommunalen Behindertenbeauftragten	300
4.	Tagungen des Behindertenbeauftragten zu Sachfragen	400
	Summe	2.800

685 80	011	Maßnahmen des Behindertenbeauftragten	24.856	33.300	33.300
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von innovativen Projekten in der Behindertenarbeit mit folgenden Schwerpunkten:

- von und für Menschen mit Behinderungen
- Darstellung über das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen
- Erfahrungsaustausch und freizeitliche Aktivitäten von Menschen mit Behinderungen
- eigene Initiativen des Landesbehindertenbeauftragten
- Preisverleihung "Giraffe"

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 37.200 37.500

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 90 Twinning-Programm der Europäischen Union

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(429 90)	023	Personalausgaben	0	0	
(547 90)	023	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	
(671 90)	023	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	0	

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 0 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	88.905	68.300	68.300
--------	-----	---	--------	--------	--------

Einnahmen aus dem Verkauf von wiederverwendbarem Verbrauchsmaterial fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Hardware	20.000
2. Software	20.000
3. Unterhaltung	22.800
4. Kommunikation	0
5. Sonstiges	5.500
Summe	68.300

518 99	011	Mieten	105.087	120.000	120.000
--------	-----	--------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	120.000
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	120.000

525 99	011	Aus- (und Fort)bildung	8.569	10.000	10.000
--------	-----	------------------------	-------	--------	--------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Aus- (und Fort)bildung	10.000
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	10.000

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	3.678	1.500	1.500
--------	-----	--	-------	-------	-------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 538 99

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Benutzungsentgelt für das DV-Verfahren JURIS.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	53.861	20.000	110.500
--------	-----	---	---------------	---------------	----------------

Erläuterungen:

				2007 EUR
1.	Erstbeschaffungen			0
2.	Ersatzbeschaffungen			0
2.1	Hardware (PC-, Server-, Netztechnik)			110.500
2.2	Software (Updates-Standardsoftware)			0
Summe				110.500

Mehr wegen erhöhtem Bedarf an Ersatzbeschaffung von Server- und aktiver Netzwerktechnik sowie Ausweitung der elektronischen Vorgangsbearbeitung.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0
----------	-----	----------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	219.800	310.300
-----------------------	---------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	836.700	927.500
-----------------------	---------------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.500	7.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		8.500	7.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.521.500	12.273.700
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	721.100	1.813.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	602.800	602.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	65.000	155.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		12.910.400	14.845.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-12.901.900	-14.837.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	--------------------	---	---	---

119 15	011	Rückflüsse aus Zuwendungen	9.442	0	10.000
--------	-----	----------------------------	-------	---	--------

Erläuterungen:

Rückzahlungen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
--------	-----	----------------------------------	---	---	---

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	2.356	0	0
--------	-----	--	-------	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht zweckentsprechenden bzw. fristgerechten Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	18.786	0	18.000
--------	-----	---	--------	---	--------

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der Veräußerung ausgesonderter landeseigener Kraftfahrzeuge sind hier zentral für den Einzelplan veranschlagt.

		2007 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	15.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	3.000
Summe		18.000

Mehr wegen zentraler Veranschlagung und in Anpassung an das Ist 2005.

Summe HGr. 1:	0	28.000
---------------	---	--------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	312	Zuweisungen des Bundes gem. Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Förderung von Investitionen nach § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i.V.m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

337 10	312	Zuweisungen von Zweckverbänden gemäß Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Förderung von Investitionen nach § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i.V.m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg	27.487.629	25.564.500	25.564.500
--------	-----	---	------------	------------	------------

*Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 07 050 Titelgruppe 60 verwendet werden.
Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 07 050 Titelgruppe 60.*

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1.988.817	0	0
---------------	------------	--	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Entnahme aus der Rücklage des Verwaltungsbudgets des Einzelplans 07.

359 11	950	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

		Summe HGr. 3:	25.564.500	25.564.500	
--	--	---------------	-------------------	-------------------	--

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 64.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	270.978	0	0
---------------	-----	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64	950	Entnahme aus der Rücklage Altersteilzeitarbeit	2.513.367	0	0
---------------	-----	---	------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 64		0	0
-----------------------	---------------	--	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen		0	0
-----------------------	----------------------------------	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	936.143	733.000	1.060.000
--------	-----	---	---------	---------	-----------

Erläuterungen:

Eine Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplanes. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg.

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger

443 10	940	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	55.753	7.800	7.800
--------	-----	--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	5.900
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	500
3.	Sonstiges	1.400
	Summe	7.800

443 30	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	25.824	31.500	31.500
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt für die Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit im gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie aufgrund der Einsatzzeitvorgabe der Unfallverhütungsvorschriften für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte.

451 10	011	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(462 10)	989	Globale Minderausgabe für Personal	0	0	
----------	-----	------------------------------------	---	---	--

Summe HGr. 4:			772.300	1.099.300	
---------------	--	--	---------	-----------	--

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 20	254	Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzes	82.433	95.500	88.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Ärztliche Untersuchungen nach § 44 Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) für

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 526 20

				2007 EUR
1.	22.500 Erstuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz) und 2.500 Nachuntersuchungen (§§ 33-35 Jugendarbeitsschutzgesetz)			83.000
2.	Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz			5.000
	Summe			88.000

531 10	011	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	54.126	61.600	70.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Aufklärungsaktionen und Informationsveranstaltungen über Entwicklungen der Berufsstruktur und des Arbeitsmarktes, über berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten und die entsprechenden Förderbedingungen sowie über ergänzende sozial- und gesundheitspolitische Aufgaben im Land Brandenburg. Ein Teil der Mittel ist für die Aufklärung über verschiedenste Maßnahmen u. a. der Strukturfonds der EU zu verwenden.

Mehr wegen steigender Zahlen von Veröffentlichungen zu politischen Schwerpunktthemen der Landesregierung in Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Landesaktionsplan "Keine Gewalt gegen Frauen", Familienpolitik).

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	1.994	3.500	3.500
--------	-----	------------------------------	--------------	--------------	--------------

531 30	029	Zusammenarbeit mit Osteuropa	0	4.100	4.100
--------	-----	-------------------------------------	----------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Maßnahmen des technischen Arbeitsschutzes	2.100
2.	Maßnahmen des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes	2.000
	Summe	4.100

Die Mittel stehen für die Fortführung und den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Arbeitsschutzbehörde des Landes Brandenburg und der Staatlichen Arbeitsinspektion Polens auf den Gebieten des technischen sowie des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes zur Verfügung. Dazu werden Arbeitsschutzkonferenzen, Erfahrungsaustausche, Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen finanziert sowie Kosten für Dolmetscherleistungen, Öffentlichkeitsarbeit u. ä. erstattet.

542 10	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 15	014	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	467.881	502.700	544.100
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 546 15

Erläuterungen:

					2007 EUR
1.		Entgelte an den IT-Dienstleister (LDS Brandenburg)			
1.1.		MASGF			
1.1.1.		SV IT-Schulung			12.500
1.1.2.		SV Internet			5.000
1.1.3.		SV Daten- und TK-Verbund			71.800
1.1.4.		SV Landesverwaltungsnetz			38.100
1.1.5.		SV Kommunikationsverbund			21.000
1.1.6.		SV SIX C MS Softwarewartung			2.200
1.1.7.		SV Perls			14.600
		<i>Summe zu 1.</i>			165.200
1.2.		Landesamt für Arbeitsschutz			
1.2.1.		SV IT-Schulung			8.400
1.2.2.		SV Landesverwaltungsnetz			141.700
1.2.3.		SV Kommunikationsverbund			3.500
		<i>Summe zu 1.2.</i>			153.600
1.3.		Landesamt für Soziales und Versorgung			
1.3.1.		SV IT-Schulung			30.500
1.3.2.		SV Landesverwaltungsnetz			102.100
1.3.3.		SV Kommunikationsverbund			44.600
1.3.4.		SV Beschaffungen			300
		<i>Summe zu 1.3.</i>			177.500
1.4.		Rechtsmedizin			
1.4.1.		SV IT-Schulung			2.500
		<i>Summe zu 1.4.</i>			2.500
2.		Entgelte an den Statistik-Dienstleister			
2.1.		MASGF			
2.1.1.		SV Berufsbildungsstatistik			10.300
2.1.2.		SV Statistik der Berufe des Gesundheitswesens			11.300
2.1.3.		SV Schwangerschaftskonfliktberatung			23.700
		<i>Summe zu 2.</i>			45.300
		Summe			544.100

546 25	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	2.121	0	0
---------------	------------	---	--------------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV-IfG ist dem Bund der 90%ige Anteil an Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

		Summe HGr. 5:		667.400	709.700
--	--	----------------------	--	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Gesellschaften	12.740	13.000	13.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Im Geschäftsbereich bestehen folgende Mitgliedschaften:

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 685 20

					2007 EUR
1.		Deutscher Verein zur Bekämpfung von Viruskrankheiten			1.600
2.		DIN und Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI)			1.100
3.		Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge			4.600
4.		Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger			3.400
5.		Arbeitsgruppe der deutschen Integrationsämter			1.000
6.		Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Kliniken			100
7.		Trägerverein der Schule für Beschäftigungs- und Arbeitstherapie Brandenburg			400
8.		Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose			800
		Summe			13.000

Summe HGr. 6:	13.000	13.000
---------------	--------	--------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	950	Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget	1.598.630	0	0
--------	-----	---	-----------	---	---

Erläuterungen:

Zuführung zu der Rücklage des Verwaltungsbudgets des Einzelplans 07.

919 11	950	Zuführung zu der Rücklage Personalbudget	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei den Titeln 235 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 07
Stand: 31.12.2005

Kapitel	Bezeichnung	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockzeit	davon kontinuierlich Teilzeit
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	32	28	4
07 130	Landesamt für Arbeitsschutz	37	32	5
07 160	Landesamt für Soziales und Versorgung	101	93	8
07 190	Landesinstitut für Rechtsmedizin	3	3	0
Summe		173	156	17

Nachbesetzungen: 68

422 64	950	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeitarbeit	392.849	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Bezüge der Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

425 64	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeitarbeit	4.060.662	0	0
---------------	------------	---	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

426 64	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeitarbeit	14.002	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64	950	Zuführung zu der Rücklage Altersteilzeitarbeit	2.934.040	0	0
---------------	------------	---	------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64			0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			0	0
---	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	28.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	25.564.500	25.564.500
Gesamteinnahme		25.564.500	25.592.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	772.300	1.099.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	667.400	709.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.000	13.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		1.452.700	1.822.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		24.111.800	23.770.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	252	Gebühren, sonstige Entgelte	4.502	6.000	6.000
--------	-----	------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Wesentlichen die Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Umsatzsteuerbefreiungen nach § 4 Nr. 21a (bb) Umsatzsteuergesetz sowie Gebühren für die widerrufliche Zuerkennung der fachlichen Eignung gem. § 22 Abs. 3 Handwerksordnung.

112 10	252	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorsorglich vorgesehen für die Erhebung von Geldbußen gem. § 121 Betriebsverfassungsgesetz.

119 10	252	Sonstige Einnahmen	51	1.000	500
--------	-----	---------------------------	-----------	--------------	------------

119 15	252	Rückflüsse aus Zuwendungen	287.667	400.000	400.000
--------	-----	-----------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel.

162 10	253	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Zinszahlungen für Darlehen, die aus Mitteln dieses Kapitels ausgereicht wurden.

182 10	253	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	15.000	24.500	24.500
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen, die aus Mitteln dieses Kapitels ausgereicht wurden.

aus Titelgruppen:	260.000	0
--------------------------	----------------	----------

Summe HGr. 1:	691.500	431.000
----------------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	251	Zuweisungen des Bundes zur Weiterleitung an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	152.799.508	0	0
--------	-----	--	--------------------	----------	----------

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 633 10.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 633 10.

231 20	252	Sonstige Zuweisungen vom Bund	15.426.002	0	0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 231 20

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 684 63.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Vereinbarungen des Bundes und der neuen Bundesländer und Berlins über die Ausbildungsplatzprogramme Ost vereinnahmt. Die Ausgaben werden bei Titel 684 63 nachgewiesen.

272 10	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2000 bis 2006	96.203.071	100.000.000	71.000.000
--------	-----	---	-------------------	--------------------	-------------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt. Die Mittel werden bis zu 30 vH vom Land kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 70, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 71 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	730.633.600 EUR
Vereinnahmt in 2000 bis 2005	519.104.459 EUR
Veranschlagt in 2006	100.000.000 EUR
Veranschlagt in 2007	71.000.000 EUR
Vorbehalten 2008	40.529.141 EUR

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

272 15	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2007 bis 2013			31.000.000
--------	-----	---	--	--	-------------------

neu

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 74 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 vereinnahmt. Die Mittel werden bis zu 25 vH vom Land kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 74, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 75 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	600.000.000 EUR
Veranschlagt in 2007	31.000.000 EUR
Vorbehalten 2008 ff.	569.000.000 EUR

272 20	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006	971.277	4.500.000	2.250.000
--------	-----	--	----------------	------------------	------------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 72 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt. Die Mittel werden vom Land in Höhe von 25 vH kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 72, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 73 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	25.226.400 EUR
Vereinnahmt in 2000 bis 2005	13.068.502 EUR
Veranschlagt in 2006	4.500.000 EUR
Veranschlagt in 2007	2.250.000 EUR
Vorbehalten 2008	5.407.898 EUR

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

272 25	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013			2.000.000
--------	-----	--	--	--	------------------

neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 272 25

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 76 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 vereinnahmt. Die Mittel werden vom Land in Höhe von 25 vH kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 76, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 77 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	20.000.000 EUR
Veranschlagt in 2007	2.000.000 EUR
Vorbehalten 2008 ff.	18.000.000 EUR

272 50	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes für die Förderperiode 2000 bis 2006	7.470.756	17.450.000	12.459.400
--------	-----	---	------------------	-------------------	-------------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 684 50 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes vereinnahmt. Die Mittel werden ausgabeseitig bei Titel 684 50 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	34.900.000 EUR
Vereinnahmt in 2005	7.470.756 EUR
Veranschlagt in 2006	17.450.000 EUR
Voraussichtliche Ist-Einnahmen in 2006	8.000.000 EUR
Veranschlagt in 2007	12.459.400 EUR
Vorbehalten 2008	6.969.844 EUR

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(232 10)	252	Zuweisung der Bundesländer zur Durchführung einer Jugendkonferenz für Ostdeutschland	0	0	
----------	-----	---	----------	----------	--

Summe HGr. 2:			121.950.000	118.709.400	
---------------	--	--	--------------------	--------------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des gemeinsamen Förderkonzeptes für die Förderperiode 1994 - 1999

119 62	252	Sonstige Einnahmen	154.879	260.000	0
--------	-----	---------------------------	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rückerstattungen aus Vorjahren, insbesondere aus gewährten Zuwendungen aus dem Operationellen Programm 1994 - 1999.
Weniger wegen Auslaufen der Verwendungsnachweisprüfung.

271 62	252	Zuweisungen für laufende Zwecke	3.842.890	0	0
--------	-----	--	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) vereinnahmt. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die Operationellen Programme des Landes 1994 bis 1999.

272 62	252	Zuschüsse der EU zu den aus ESF-Mitteln finanzierten Gemeinschaftsinitiativen	8.157.319	0	0
--------	-----	--	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der EU vereinnahmt, die zur Finanzierung von EU-Gemeinschaftsinitiativen (z. B. Beschäftigung, ADAPT, RECHAR, RESIDER, KONVER, INTERREG) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bestimmt sind. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die EU-Gemeinschaftsinitiativen 1994 bis 1999.

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 62	260.000	0	
-----------------------	--	---------------	----------------	----------	--

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe Einnahmen der Titelgruppen	260.000	0	
-----------------------	--	----------------------------------	----------------	----------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(547 10)	252	Durchführung einer Jugendkonferenz für Ostdeutschland	0	0	
aus Titelgruppen:				1.000	1.000
Summe HGr. 5:				1.000	1.000

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	251	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Bundes im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	152.799.508	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt sich der Bund gemäß § 46 Abs. 5 SGB II zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II. Die entsprechenden Zuweisungen des Bundes werden bei Titel 231 10 vereinnahmt und über Titel 633 10 an die Landkreise und kreisfreien Städte weitergeleitet.

671 10	253	Erstattungen an die LASA Brandenburg GmbH	5.303.460	4.900.000	4.800.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

neu

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 07 030/671 60 (Ist 2005: 5.303.460 Euro, Ansatz 2006: 4.900.000 Euro).

Die LASA Brandenburg GmbH ist nach ihrem Gesellschaftszweck eine landesweit tätige Einrichtung der Arbeitsförderung auf den Gebieten der Beratung, Qualifizierung und Ausbildung von Zielgruppen und Akteuren der Arbeitsmarktförderung sowie der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen einschließlich der Bescheiderteilung und Auszahlung der Mittel - soweit von den Mittelgebern zugelassen deren treuhänderische Verwaltung -; dies umfasst die Verpflichtung zur Prüfung auf antragsgemäße Verwendung der Mittel und erforderlichenfalls Rückforderung.

Als Dienstleister ist die LASA Brandenburg GmbH insbesondere für die Umsetzung des Landesprogramms "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" verantwortlich. Sie nimmt ihre Aufgabe auf der Grundlage eines vom Land gem. § 44 Abs. 2 LHO erteilten besonderen Beleihungsaktes wahr. Die LASA Brandenburg GmbH ist eine Schlüsselbeteiligung des Landes, das alleiniger Gesellschafter ist.

684 50	252	Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)	4.167.126	17.450.000	11.300.000
--------	-----	--	-----------	------------	------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 50 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 50 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	3.424.600
davon fällig:	
2008 bis zu	3.424.600
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 50

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008			3.424.600	3.424.600
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen			3.424.600	3.424.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind EU-Mittel des Operationellen Programms des Bundes, Ziel 1, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), die vom Land Brandenburg eigenständig umgesetzt werden. Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 50 auf. Gefördert werden sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Rahmen des Politikfeldes B (Gesellschaft ohne Ausgrenzung) mit dem Ziel der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit unter besonderer Berücksichtigung älterer Arbeitsloser und von Personen mit besonderen Integrationsproblemen.

Voraussichtliche Gesamtkosten	34.900.000 EUR
Verausgabt in 2004 und 2005	12.175.412 EUR
Veranschlagt in 2006	17.450.000 EUR
Voraussichtliche Ist-Ausgaben in 2006	8.000.000 EUR
Veranschlagt in 2007	11.300.000 EUR
Vorbehalten 2008	3.424.588 EUR

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

aus Titelgruppen:	118.500.000	120.406.700
Summe HGr. 6:	140.850.000	136.506.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Arbeitsmarkt, Infrastruktur und Begleitung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 60) 253 **Programmbegleitkosten** 0 0

(671 60) 253 **Erstattungen an die LASA Brandenburg GmbH**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 07 030/671 10 (Ist 2005: 5.303.460 Euro, Ansatz 2006: 4.900.000 Euro).

(684 60) 253 **Zuschuss zu den Betriebsausgaben der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH** 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 0 0

TGr. 63 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Berufsausbildung

Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 20 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen vor Eingang der bei Titel 231 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

526 63 153 **Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung** 659 1.000 1.000

Erläuterungen:

Nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 931) ist ein Landesausschuss für Berufsbildung eingerichtet worden, der entsprechend seiner Geschäftsordnung drei Unterausschüsse gebildet hat. Veranschlagt sind Entschädigungen für Aufwand, Fahrtkosten, Verdienstausschuss der Mitglieder sowie sonstige Sachausgaben, die den Ausschüssen bei der Durchführung ihrer Aufgaben entstehen.

684 63 153 **Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost** 15.424.834 0 0

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	16.680.800
davon fällig:	
2008 bis zu	6.255.300
2009 bis zu	6.255.300
2010 bis zu	4.170.200
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 63

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	10.417.300	6.225.200		16.642.500
2008	4.163.900	6.225.200	6.255.300	16.644.400
2009		4.170.200	6.255.300	10.425.500
2010			4.170.200	4.170.200
2011 ff.				
Summen	14.581.200	16.620.600	16.680.800	47.882.600

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die anteiligen Bundesmittel im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost verausgabt (vgl. Titel 231 20). Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung des neuen Ausbildungsplatzprogramms 2007 vorgesehen.

685 63 153 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** 0 0 0

893 63 153 **Zuschüsse für Investitionen an Sonstige** 525.327 1.293.100 1.294.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	800.000
davon fällig:	
2008 bis zu	800.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		1.000.000		1.000.000
2008			800.000	800.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		1.000.000	800.000	1.800.000

Erläuterungen:

Bundesmittel

Aus den veranschlagten Mitteln werden insbesondere Landesmittel bereitgestellt, um die vom Bund bereitgestellten Mittel kofinanzieren zu können. Die Mittel des Bundes fließen nicht über den Landeshaushalt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 893 63

Die Zuschüsse sind vorgesehen zur Förderung von Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren:

		2007 EUR
1.	Ergänzungs- und Ersatzausstattung für das Zentrum für Gewerbeförderung Götz der HWK Potsdam - Entwicklung des Kompetenzzentrums für rationelle Energieanwendung	35.000
2.	Ausstattung Internat nebst Küche und Speisesaal sowie Um- und Ausbau einer Kantine im Bildungs- und Innovationszentrum Bernau-Waldfrieden der HWK Berlin	106.000
3.	Um- und Ausbau Lehrbauhof Großräschen der HWK Cottbus (Internat)	586.000
4.	Ergänzungs- und Ersatzausstattung für die Überbetriebliche Berufsbildungsstätte Gallinchen der HWK Cottbus	164.000
5.	Ergänzungsausstattung und Modernisierung im Bereich Industrie und Handel	149.000
6.	Ergänzungsausstattung und Modernisierung im Bereich Handwerk	170.000
7.	Ergänzungsausstattung und Modernisierung im Bereich Bauindustrie	84.000
	Summe	1.294.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(682 63)	153	Finanzierung von Ausbildungsplätzen in Kammerberufen bei den Landeskliniken	0	0	
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63				1.294.100	1.295.000

TGr. 64 Ergänzende Förderung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit durch Zuweisungen und Zuschüsse

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(681 64)	253	Modellversuche zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen	0	0	
(684 64)	253	Zuschüsse an freie Träger	0	0	
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64				0	0

TGr. 65 Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(684 65)	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	0	0	
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 70 Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 10 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 72 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 70 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 70 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 71.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die EU-Mittel zur Umsetzung der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF). Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 10 auf. Das Land kofinanziert die Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 30 vH der Gesamtausgaben aus der Titelgruppe 71.

Von den insgesamt in dieser Titelgruppe veranschlagten Ausgabemitteln sind 1,8 Mio. EUR EU-Mittel für Projekte der Braunkohlesanierung vorgesehen. Dieser Betrag steht zusätzlich zu den bei Kapitel 11 200 Titelgruppe 61 veranschlagten Ausgaben für die Sanierung der Braunkohleindustrie zur Verfügung.

Für das Gesamtprogramm ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 70)	Anteil Land (TGr. 71)
Voraussichtliche Gesamtkosten	825.338.600	730.633.600	94.705.000
Verausgabt in 2000 bis 2005	596.052.423	526.817.386	69.235.037
Veranschlagt in 2006	112.500.000	100.000.000	12.500.000
Veranschlagt in 2007	79.870.000	71.000.000	8.870.000
Vorbehalten 2008	36.916.177	32.816.214	4.099.963

Gefördert werden sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Rahmen folgender Politikbereiche:

- A Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik
- B Gesellschaft ohne Ausgrenzung
- C Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen
- D Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist
- E Chancengleichheit von Frauen und Männern
- F Lokales Kapital für soziale Zwecke

Innerhalb der Politikbereiche A, C und D genießen Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Erstausbildung eine hohe Priorität.

Die nachfolgende Übersicht weist die den vorgenannten Politikbereichen zugeordneten Förderprogramme und ihre voraussichtlichen Volumina aus (einschließlich der im Epl. 07 veranschlagten Mittel für die Landeskofinanzierung):

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

		2007 EUR
A	Braunkohle	1.800.000
A	Berufsausbildungsvorbereitung	1.200.000
A/D	Ausbildungsplatzprogramm	40.000.000
B	Aktiv für Arbeit	2.860.000
B	Qualifizierung im Strafvollzug und Haftvermeidung	2.500.000
B	Berufspädagogische Maßnahmen in der Jugendhilfe	1.400.000
C	Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte	100.000
C	Ausbildung Pharmazeutisch-technischer Assistenten	300.000
C	Qualifizierung in Gesundheitsberufen	260.000
C	Verzahnung und Chancengleichheit	1.900.000
C	Förderung von Ausbildungsverbünden	3.600.000
C	Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	3.000.000
C	Kooperation Jugendhilfe/Schule und produktives Lernen	1.000.000
C	Regionalbüros für Fachkräftesicherung	1.400.000
C/D/E	INNOPUNKT	6.600.000
D	Einstiegsteilzeit für Jugendliche	600.000
D	Existenzgründerförderung mit Jugendexistenzförderung	4.900.000
D	Qualifizierung in KMU	4.840.000
E	Mentoring	210.000
E	Altenpflege	1.400.000
Summe		79.870.000

684 70	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	84.037.566	100.000.000	71.000.000
--------	-----	---	-------------------	--------------------	-------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	4.125.500
davon fällig:	
2008 bis zu	4.125.500
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	30.000.100	31.000.000		61.000.100
2008	12.638.900	16.000.000	4.125.500	32.764.400
2009		9.100.000		9.100.000
2010		5.200.000		5.200.000
2011 ff.				
Summen	42.639.000	61.300.000	4.125.500	108.064.500

Erläuterungen:

Die in 2006 zulasten 2009 und 2010 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen belasten das neue Operationelle Programm des Landes Brandenburg 2007 bis 2013 (Titel 684 74).

Die in 2005 zulasten 2009 in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung wird bei Titel 684 74 nachgewiesen. Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

685 70	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

686 70 252 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 100.000.000 71.000.000

TGr. 71 Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 73 und Titel 684 75 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 71 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 71 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 70.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF). Das Land kofinanziert die bei Titelgruppe 70 veranschlagten Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 30 vH der Gesamtausgaben.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 70.

684 71 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 7.763.083 12.500.000 8.870.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	890.000
davon fällig:	
2008 bis zu	890.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	863.100	6.200.000		7.063.100
2008	286.700	1.100.000	890.000	2.276.700
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	1.149.800	7.300.000	890.000	9.339.800

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

685 71 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

686 71	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	12.500.000	8.870.000
------------------------------	------------	-----------

TGr. 72 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 20 geleistet werden.

Einsparungen bei Titel 685 72 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben bei Titel 429 72 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 73 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 72 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 20 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Aus dem Operationellen Programm Ziel-1-Förderung 2000 bis 2006 dürfen bis zu 4 vH des Gesamtbetrages für Technische Hilfen im Rahmen der Programmumsetzung eingesetzt werden. Das Land kofinanziert die EU-Mittel mit 25 vH aus Titelgruppe 73. Die Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 20 auf. Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Bewertung und Kontrolle der Programmumsetzung. Im Rahmen der Technischen Hilfe werden Mittel insbesondere eingesetzt für die Finanzierung von Zeitarbeitsverträgen, für die Anmietung von EDV-Technik zur Ausstattung von Arbeitsplätzen der in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, für Werk- und Dienstleistungsverträge sowie für Veröffentlichungen, Studien und Tagungen. Im Rahmen der Technischen Hilfe geleistete Personalausgaben werden aus buchungstechnischen Gründen einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes bei Titel 429 72 nachgewiesen.

Für die Technische Hilfe ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 72)	Anteil Land (TGr. 73)
Voraussichtliche Gesamtkosten	33.635.200	25.226.400	8.408.800
Vorausgabt in 2000 bis 2005	12.009.691	9.055.892	2.953.799
Veranschlagt in 2006	6.000.000	4.500.000	1.500.000
Veranschlagt in 2007	3.000.000	2.250.000	750.000
Vorbehalten 2008	12.625.509	9.420.508	3.205.001

429 72	252	Personalausgaben	435.738	0	0
--------	-----	------------------	---------	---	---

547 72	252	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.167.350	0	0
--------	-----	-------------------------------	-----------	---	---

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	139.700			139.700
2008				
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	139.700			139.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 547 72

Erläuterungen:

Die Ausfinanzierung der eingegangenen Verbindungen für 2007 erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus den beim Titel 685 72 veranschlagten Mitteln.

685 72 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 472.302 4.500.000 2.250.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	500.000
davon fällig:	
2008 bis zu	500.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	274.100	1.000.000		1.274.100
2008		1.000.000	500.000	1.500.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	274.100	2.000.000	500.000	2.774.100

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 4.500.000 2.250.000

TGr. 73 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 73 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 71.

Einsparungen bei Titel 685 73 dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 429 72.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 73 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind anteilige Landesmittel in Höhe von 25 vH zur Kofinanzierung der im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für die Technische Hilfe. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titelgruppe 72 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 72.

429 73 252 Personalausgaben 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

547 73 252 Sächliche Verwaltungsausgaben 385.124 0 0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	46.600			46.600
2008				
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	46.600			46.600

Erläuterungen:

Die Ausfinanzierung der eingegangenen Verbindungen für 2007 erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus den beim Titel 685 73 veranschlagten Mitteln.

685 73 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 142.360 1.500.000 750.000

Verpflichtungsermächtigungen:

2007
EUR

Betrag: 125.000

davon fällig:

2008 bis zu 125.000

2009 bis zu

2010 bis zu

2011 ff. bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	91.400	333.300		424.700
2008		333.300	125.000	458.300
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	91.400	666.600	125.000	883.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufen der Förderperiode.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73 1.500.000 750.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 74 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 15 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 76 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 15 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die EU-Mittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF). Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 15 auf. Das Land kofinanziert die Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 25 vH der Gesamtausgaben aus der Titelgruppe 75.

Für das Gesamtprogramm ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 74)	Anteil Land (TGr. 75)
Voraussichtliche Gesamtkosten	676.000.000	600.000.000	76.000.000
Veranschlagt in 2007	34.870.000	31.000.000	3.870.000
Vorbehalten 2008 ff.	641.130.000	569.000.000	72.130.000

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist das Land Brandenburg verpflichtet, die aus der Strukturfondsförderperiode 2000 - 2006 resultierenden Beträge i. H. v. 22,643 Mio. € aus den Mitteln der Förderperiode 2007 - 2013 anteilig aus EFRE, ESF und ELER an Sachsen-Anhalt zurückzuzahlen. Der anteilige Betrag aus dem ESF ist bereits in der oben stehenden Übersicht berücksichtigt.

Gefördert werden sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Rahmen folgender Politikbereiche:

- A Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- B Verbesserung des Humankapitals
- C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

684 74 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 31.000.000
neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	75.840.000
davon fällig:	
2008 bis zu	43.400.000
2009 bis zu	16.940.000
2010 bis zu	12.500.000
2011 ff. bis zu	3.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 74

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008			43.400.000	43.400.000
2009	2.987.300		16.940.000	19.927.300
2010			12.500.000	12.500.000
2011 ff.			3.000.000	3.000.000
Summen	2.987.300		75.840.000	78.827.300

Erläuterungen:

Die in 2005 zulasten 2009 in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung war bei Titel 684 70 veranschlagt.

685 74 252 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** **0**
neu

686 74 252 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke** **0**
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 74 **31.000.000**

TGr. 75 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil
Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 77 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil
Europäischer Sozialfonds (ESF). Das Land kofinanziert die bei Titelgruppe 74 veranschlagten Zuweisungen von der Europäi-
schen Kommission mit bis zu 25 vH der Gesamtausgaben.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 74.

684 75 252 **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Ein-
richtungen** **3.870.000**
neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	5.035.000
davon fällig:	
2008 bis zu	3.550.000
2009 bis zu	1.200.000
2010 bis zu	285.000
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 75

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008			3.550.000	3.550.000
2009			1.200.000	1.200.000
2010			285.000	285.000
2011 ff.				
Summen			5.035.000	5.035.000

685 75 252 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** 0
neu

686 75 252 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke** 0
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 75 **3.870.000**

TGr. 76 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 25 geleistet werden.

Einsparungen bei Titel 685 76 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 74.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben bei Titel 429 76 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 77 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 25 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Aus dem Operationellen Programm Ziel-1-Förderung 2007 bis 2013 dürfen bis zu 4 vH des Gesamtbetrages für Technische Hilfe im Rahmen der Programmumsetzung eingesetzt werden. Das Land kofinanziert die EU-Mittel mit 25 vH aus Titelgruppe 77. Die Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 25 auf. Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Bewertung und Kontrolle der Programmumsetzung. Im Rahmen der Technischen Hilfe werden Mittel insbesondere eingesetzt für die Finanzierung von Zeitarbeitsverträgen, für die Anmietung von EDV-Technik zur Ausstattung von Arbeitsplätzen der in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, für Werk- und Dienstleistungsverträge sowie für Veröffentlichungen, Studien und Tagungen. Im Rahmen der Technischen Hilfe geleistete Personalausgaben werden aus buchungstechnischen Gründen einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes bei Titel 429 76 nachgewiesen.

Für die Technische Hilfe ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 76)	Anteil Land (TGr. 77)
Voraussichtliche Gesamtkosten	26.666.700	20.000.000	6.666.700
Veranschlagt in 2007	2.666.700	2.000.000	666.700
Vorbehalten 2008 ff.	24.000.000	18.000.000	6.000.000

429 76 252 **Personalausgaben** 0
neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

547 76 252 **Sächliche Verwaltungsausgaben** **0**
neu

685 76 252 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** **2.000.000**
neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	4.300.000
davon fällig:	
2008 bis zu	2.000.000
2009 bis zu	1.500.000
2010 bis zu	800.000
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008			2.000.000	2.000.000
2009			1.500.000	1.500.000
2010			800.000	800.000
2011 ff.				
Summen			4.300.000	4.300.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 76 **2.000.000**

TGr. 77 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 77 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 75.

Einsparungen bei Titel 685 77 dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 429 76.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 77 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind anteilige Landesmittel in Höhe von 25 vH zur Kofinanzierung der im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für die Technische Hilfe. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titelgruppe 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 76.

429 77 252 **Personalausgaben** **0**
neu

547 77 252 **Sächliche Verwaltungsausgaben** **0**
neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

685 77 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen
neu

666.700

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	1.433.400
davon fällig:	
2008 bis zu	666.700
2009 bis zu	500.000
2010 bis zu	266.700
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008			666.700	666.700
2009			500.000	500.000
2010			266.700	266.700
2011 ff.				
Summen			1.433.400	1.433.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 77

666.700

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen

119.794.100

121.701.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	691.500	431.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	121.950.000	118.709.400
Gesamteinnahme		122.641.500	119.140.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000	1.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	140.850.000	136.506.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.293.100	1.294.000
Gesamtausgabe		142.144.100	137.801.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-19.502.600	-18.661.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	12.094	30.000	12.000
--------	-----	------------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 02.02.2005 (GVBl. II Seite 94).
Weniger in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 10	314	Sonstige Einnahmen	5.248	3.000	3.000
--------	-----	---------------------------	--------------	--------------	--------------

119 15	314	Rückflüsse aus Zuwendungen	204.045	181.000	181.000
--------	-----	-----------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.

132 10	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1.400	0	0
--------	-----	--	--------------	----------	----------

162 10	314	Zinseinnahmen aus Darlehen	211.736	254.700	210.800
--------	-----	-----------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Zinszahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.
Weniger wegen vorzeitiger Tilgung von Darlehen sowie wegen Streckung der Rückzahlungszeiträume.

182 10	314	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	1.572.070	893.300	741.600
--------	-----	--	------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.
Weniger wegen vorzeitiger Tilgung von Darlehen sowie wegen Streckung der Rückzahlungszeiträume.

Summe HGr. 1:	1.362.000	1.148.400
----------------------	------------------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen Dritter	257.597	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 982 18.

Summe HGr. 3:	0	0
----------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	900	900
--------	-----	--	---	-----	-----

Erläuterungen:

1. Erstattung von Kosten für Untersuchungen nach den §§ 64 - 69 Arzneimittelgesetz und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Arzneimittelgesetzes, die nicht in der Arzneimitteluntersuchungsstelle des Landes Brandenburg durchführbar sind (z. B. Blut, Insuline)
2. Erstattung von Kosten für die Tätigkeit von Sachverständigen in der Überwachung von Einrichtungen, die Blut und Blutprodukte herstellen, von Apotheken mit speziellen Herstellungsprogrammen sowie bei Verfahren zum Schutz vor Risiken bei Medizinprodukten gemäß § 17 und §§ 25 - 29 Medizinproduktegesetz
3. Erstattung von Kosten für die Tätigkeit sachverständiger Apotheker in der Apothekenüberwachung

526 20	314	Kosten für die Beauftragung der ILB im Rahmen einer Geschäftsbesorgung	58.000		35.700
--------	-----	--	--------	--	--------

neu

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der ILB zur Verwaltung der an Gesundheitszentren ausgereichten Darlehen.

Der Titel wurde in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 außerplanmäßig eingerichtet.

533 10	314	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

546 10	314	Sonstiges	0	0	0
--------	-----	-----------	---	---	---

aus Titelgruppen:		30.300	40.300
-------------------	--	--------	--------

Summe HGr. 5:		31.200	76.900
---------------	--	--------	--------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	314	Erstattung von Ausgaben für den toxikologischen Auskunftsdienst und Arzneimitteluntersuchungen nach den §§ 64 und 65 Arzneimittelgesetz	234.222	260.000	260.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Die Einrichtung von Giftnformationszentralen ist nach § 16 e Chemikaliengesetz Sache der Länder, die die Zentren benennen und vorhalten müssen. Die Aufgabe wird mittels einer Vereinbarung gemeinsam mit dem Land Berlin durchgeführt, das bestehende Berliner Zentrum gemeinsam genutzt.
2. Nach den §§ 64 und 65 Arzneimittelgesetz ist die Überwachung von am Verkehr mit Arzneimitteln Beteiligten sowie die amtliche Entnahme von Arzneimittelproben und deren Untersuchung Aufgabe des Landes. Die Arzneimitteluntersuchungen werden mittels einer Vereinbarung zwischen MLUV, MASGF und dem Land Berlin seit dem 01.01.1999 in der Arzneimitteluntersuchungsstelle des Landes Berlin durchgeführt.

631 20	314	Erstattung von Kosten für das Zentrale Substitutionsregister	8.873	8.800	9.100
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung des Länderanteils Brandenburgs am Zentralen Substitutionsregister gemäß der Vereinbarung über die Erstattung der Kosten zur Führung eines Substitutionsregisters beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nach § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz i. V. m. § 5a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung.

684 10	314	Leistung an die öffentlich-rechtliche Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	85.255	85.300	85.300
--------	-----	--	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung des Zustiftungsbeitrages des Landes Brandenburg im Rahmen der weiteren Unterstützung der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" gemäß Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 21./22.06.2001. Die Stiftung wurde durch das HIV-Hilfegesetz vom 24.07.1995 zum Zwecke der Leistung finanzieller Hilfe an HIV-infizierte Personen und deren Angehörige errichtet. Zustiftungsbeiträge werden vom Bund und den Ländern sowie vom DRK und pharmazeutischen Unternehmen zur Verfügung gestellt.

685 10	314	Zuschuss für laufende Zwecke an die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)	12.273	12.400	12.400
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg an der institutionellen Förderung der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG). An der Finanzierung dieser Einrichtung beteiligen sich die Bundesländer gemäß Artikel 5 des "Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten".

Die Kosten werden zu 2/3 vom MASGF und zu 1/3 vom MLUV getragen.

685 20	127	Zuschuss zur Ausbildung pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

aus Titelgruppen:

3.382.100 3.719.900

Summe HGr. 6:

3.748.600 4.086.700

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Ausgaben zur Verrechnung zweckgebundener Zuweisungen Dritter	215.803	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht, um die Verteilung der Einnahmen bei Titel 382 18 zu sichern:

1. Finanzierung der durch den öffentlichen Gesundheitsdienst verabreichten Impfmittel
2. Finanzierung von Lehrgängen des Landesgesundheitsamtes für die kommunalen Gesundheitsämter

Summe HGr. 9:

0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Rettungsdienst

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Das Land ist gemäß § 3 Abs. 1 des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes vom 18. Mai 2005 (GVBl. I S. 202) Träger der Luftrettung.

526 60	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
633 60	314	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für den Rettungsdienst	103.192	0	0
685 60	314	Betriebsverluste der Luftrettung	0	62.300	62.300

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Deckung von Betriebsdefiziten der Betreiber der Luftrettung (Projektförderung).

893 60	314	Zuschüsse für Investitionen für den Luftrettungsdienst	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

62.300 62.300

TGr. 62 Heilberufe und Heilberufskammern

526 62	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
685 62	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	163.323	165.000	170.000

Erläuterungen:

Länderanteil Brandenburgs am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz (institutionelle Förderung) gemäß dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des IMPP vom 01.08.1994 (GVBl. I S. 410).

686 62	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	6.216	7.300	7.300
--------	-----	--	-------	-------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 686 62

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Erstattung von Kosten an den Landesverband Brandenburg des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe für Qualifizierungsmaßnahmen der Leitungs- und Lehrkräfte nach § 24 Krankenpflegegesetz	3.000
2.	Erstattung von Aufwendungen an die Gutachterstelle bei der Landesärztekammer nach dem Gesetz über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden	400
3.	Erstattung von Kosten an die Landesapothekerkammer für Ausbildungsveranstaltungen der Pharmaziepraktikanten	1.200
4.	Entschädigungen von Beisitzern an der Prüfung pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten	1.500
5.	Entschädigungszahlungen für die Beisitzer in den Prüfungsausschüssen	900
6.	Entschädigungszahlung für Arzneimittelproben, die gemäß § 65 Arzneimittelgesetz in Apotheken entnommen werden	300
Summe		7.300

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62	172.300	177.300
-------------------------------------	---------	---------

TGr. 80 Gesundheitliche Prävention und Rehabilitation

Einsparungen bei Titeln der HGr. 6 dienen bis zur Höhe von 10.000 EUR zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 5.

526 80	314	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	10.194	17.300	17.300
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für Gutachten insbesondere nach dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz.

533 80	314	Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen/Studienfahrten im Rahmen der "Bekämpfung der Volkskrankheiten" (Sucht/ AIDS), Gesundheitsförderung	100	0	0
--------	-----	--	-----	---	---

633 80	314	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	88.863	125.600	100.000
--------	-----	--	--------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	30.000
davon fällig:	
2008 bis zu	30.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 633 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		30.000		30.000
2008			30.000	30.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		30.000	30.000	60.000

Erläuterungen:

	2007 EUR
Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Gesundheitsförderung" (öffentliche Träger):	
- Netzwerk Gesunde Städte/Gesundes Land Brandenburg	5.000
- Regiekompetenz des Öffentlichen Gesundheitsdienstes	10.000
- AIDS-Hilfe; Landesarbeitskreis HIV/AIDS	85.000
Summe	100.000

Weniger nach Umsetzung von 25.600 EUR nach Titel 685 80.

684 80	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	342.321	285.900	724.400
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	152.800
davon fällig:	
2008 bis zu	152.800
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		40.800		40.800
2008			152.800	152.800
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		40.800	152.800	193.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 80

Erläuterungen:

				2007 EUR
1.	Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Gesundheitsförderung" (freie Träger):			
	- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen			453.500
	Netzwerk Gesunde Schule (OPUS 2000)			
	Netzwerk Gesunde Kita			
	Lokale Netzwerke Gesunde Kinder			
	Frühförderung			
	Landeskongress Gesundheit von Kindern und Jugendlichen			
	- Organisationsstruktur für die Zusammenarbeit landesweit tätiger Akteure im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung			25.000
	- Gesundheit älterer Menschen			15.000
	- AIDS-Prävention in der Grenzregion			60.900
2.	Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker":			
	- Krebsbekämpfung			85.000
	Landesarbeitsgemeinschaft Onkologische Versorgung			
	Nachsorgeeinrichtungen			
	- Maßnahmen gegen chronische Erkrankungen			10.000
	- Selbsthilfeorganisationen			15.000
	- Palliativversorgung und Hospizarbeit/Landesarbeitsgemeinschaft Hospize			15.000
3.	Projektförderung im Rahmen von Screening-Programmen			45.000
	Summe			724.400

Mehr:

- nach Umsetzung von 33.500 EUR von Kapitel 07 070 Titel 684 12
- wegen Durchführung des Modellprojektes "Lokale Netzwerke Gesunde Kinder" im Rahmen der Umsetzung des Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg sowie
- wegen Durchführung von Screening-Programmen.

685 80	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	301.852	328.000	353.600
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für:

- den Länderanteil Brandenburgs am Gemeinsamen Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemäß Staatsvertrag vom 20./24. November 1997 (GVBl. I 1998 S. 70)
- den Länderanteil Brandenburgs an der Finanzierung des Kinderkrebsregisters gemäß Bund-Länder-Vereinbarung vom 9./10. Juni 1999 (ABl. 2000 S. 70)
- den Länderanteil Brandenburgs wegen Einführung der Meldepflicht für Krebserkrankungen
- Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Aufklärung der Bevölkerung zur Organspende"

Mehr nach Umsetzung von 25.600 EUR von Titel 633 80.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			756.800	1.195.300
-------------------------------------	--	--	----------------	------------------

TGr. 81 Öffentlicher Gesundheitsdienst

613 81	314	Kostenerstattung für übertragene Aufgaben	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

633 81	314	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	141.644	200.000	200.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind insbesondere veranschlagt zur Erfüllung von Pflichtaufgaben nach § 69 Infektionsschutzgesetz zur Verhütung übertragbarer Krankheiten beim Menschen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

671 81	314	Erstattungen an sonstige Bereiche	70.671	50.000	50.000
--------	-----	-----------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Durchführung von Maßnahmen zur Gruppenprophylaxe gemäß § 21 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch sowie für die Erstattung von Impfstoffkosten und für stoffliche Bestimmungen.

684 81 neu	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen			0
---------------	-----	--	--	--	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

685 81	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81	250.000	250.000
-------------------------------------	---------	---------

TGr. 86 Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe

*Ausgaben bei Titeln der HGr. 8 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titeln der HGr. 6 geleistet werden.
Die Deckungsfähigkeit lt. Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

526 86	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	8.363	13.000	23.000
--------	-----	--	-------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

1. Tagungskosten des Psychiatriebeirates für 2 Tagungen/Jahr
2. Tagungskosten der koordinierenden Vertreter der psychiatrischen Versorgung in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie der Leistungsträger der psychiatrischen/psychosozialen Versorgung
3. Kosten für die Besuchskommissionen gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 32 des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes
4. Kosten für Expertisen und Workshops zur Umsetzung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes
5. Tagungskosten für die Landessuchtkonferenz

Mehr wegen notwendiger Bestandsaufnahmen, Expertisen, Tagungen und Workshops zur Umsetzung des Psychisch-Kranken-Gesetzes sowie Durchführung der Landessuchtkonferenz.

533 86	314	Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen, Studienfahrten	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

633 86	314	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	1.511.255	1.566.600	1.566.600
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	600.000
davon fällig:	
2008 bis zu	600.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 633 86

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		600.000		600.000
2008			600.000	600.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		600.000	600.000	1.200.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Personal- und Sachkosten der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke (Projektförderung).

683 86 314 **Zuschüsse an private Unternehmen** **6.279** **255.700** **0**

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung von 150.000 EUR nach Titel 684 86 sowie wegen Prioritätensetzung infolge der Konsolidierungsbeschlüsse der Landesregierung zum Haushalt 2007.

684 86 314 **Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen** **324.532** **335.700** **485.700**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	150.000
davon fällig:	
2008 bis zu	150.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		150.000		150.000
2008			150.000	150.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		150.000	150.000	300.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten im Bereich der überregionalen Suchtkrankenhilfe (Brandenburgische Landesstelle gegen die Suchtgefahren) und Suchtprävention sowie Kosten für Projekte zur Weiterentwicklung der psychiatrischen/psychosozialen Versorgungsstrukturen (Projektförderung). Mehr nach Umsetzung von 150.000 EUR von Titel 683 86.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

685 86 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

892 86 314 Zuschüsse für Investitionen an nichtöffentliche Träger 241.107 545.200 0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		200.000		200.000
2008		200.000		200.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		400.000		400.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Prioritätensetzung infolge der Konsolidierungsbeschlüsse der Landesregierung zum Haushalt 2007.
Die im Haushalt 2006 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen werden nicht mehr in Anspruch genommen.

893 86 314 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 2.716.200 2.075.300

TGr. 90 Katastrophenschutz, Gesundheitsschutz

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

511 90 314 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 1.802 0 0

526 90 314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 109 0 0

546 90 314 Sonstiges 4.617 0 0

633 90 314 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0 0

671 90 314 Erstattungen an sonstige Bereiche 0 0 0

682 90 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 2.254 0 0

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

683 90	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

811 90	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
--------	-----	----------------------------------	---	---	---

812 90	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	6.023.500
--------	-----	---	---	---	-----------

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Beschaffung antiviraler Medikamente zum Zwecke der Therapie im Influenzapandemiefall. Mehr wegen Kabinettsbeschluss vom 28.03.2006 zur weiteren Bevorratung des Landes Brandenburg mit antiviralen Medikamenten.

883 90	314	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	17.150	90.000	190.000
--------	-----	---	--------	--------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Arzneimitteln, Sanitätsmaterialien und Ausrüstungsgegenständen (Projektförderung). Mehr wegen der notwendigen Ausrüstung der Aufnahmehäuser im Land Brandenburg mit Infektionsschutz-Sets.

891 90	314	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	5.791	0	0
--------	-----	--	-------	---	---

892 90	314	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 90	90.000	6.213.500	
-----------------------	--	---------------	--------	-----------	--

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe Ausgaben der Titelgruppen	4.047.600	9.973.700	
-----------------------	--	---------------------------------	-----------	-----------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Angaben in EUR	
			Ansatz 2006	Ansatz 2007

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.362.000	1.148.400
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		1.362.000	1.148.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	31.200	76.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.748.600	4.086.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	635.200	6.213.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		4.415.000	10.377.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.053.000	-9.228.700

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	312	Sonstige Einnahmen	0	0	0
119 15	312	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	3.500	0

Erläuterungen:

Vorgesehen für Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren sowie für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.

119 25	312	Einnahmen aus Zinszahlungen im Rahmen des Krankenhaus-investitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstruktur-gesetz	85.842	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund geltend gemachter Zinsforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung von Maßnahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.

Summe HGr. 1:			3.500	0	0
----------------------	--	--	--------------	----------	----------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

546 25	312	Erstattung von Zinsrückzahlungen im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	36.012	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Abführung anteiliger Zinseinnahmen an den Bund.

Summe HGr. 5:			0	0
---------------	--	--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Einzelförderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen

*Siehe Zweckbindungsvermerk bei Kapitel 07 020 Titel 337 10.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 020 Titel 337 10 geleistet werden.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
Einsparungen dienen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 15 107 Titel 714 10.
Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 60 gilt für alle Titel der Hauptgruppe 8 der Titelgruppe.*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Einzelförderung von Investitionen von Krankenhäusern gemäß § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg sowie auf der Grundlage des gemeinsam mit den Benutzern der Krankenhäuser bzw. ihren Kostenträgern finanzierten Investitionsprogramms gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.
Im Rahmen dieses Investitionsprogramms werden in Einzelfällen auch die Zins- und Tilgungskosten für Darlehen gefördert. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Darlehen für bedarfsnotwendige Investitionen aufgenommen werden und eine vorherige Aufnahme in das Krankenhausinvestitionsprogramm erfolgt ist. Solche Darlehen müssen bis zum Jahr 2014 getilgt werden. Der Schuldendienst wird aus den Einnahmen bei Kapitel 07 020 Titel 337 10 bestritten. Die Ausgaben für die fachliche Prüfung sind in den Fördermitteln enthalten.
Die Ausgaben sind veranschlagt sowohl in dieser Titelgruppe als auch bei Kapitel 15 107 Titel 714 10.

623 60	312	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

661 60	312	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	1.781.020	7.551.200	11.122.100
--------	-----	---	-----------	-----------	------------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an die nach den Ratenzahlungsplänen vorgesehenen Schuldendiensthilfen.

883 60	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-24.412	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

891 60	312	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	37.433.239	31.783.200	35.731.100
--------	-----	--	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

892 60	312	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	42.504.462	46.665.600	37.417.500
--------	-----	--	------------	------------	------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	78.000.000
davon fällig:	
2008 bis zu	10.000.000
2009 bis zu	3.000.000
2010 bis zu	15.000.000
2011 ff. bis zu	50.000.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 892 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	67.851.900	15.000.000		82.851.900
2008	55.825.400	15.000.000	10.000.000	80.825.400
2009	58.823.700	24.000.000	3.000.000	85.823.700
2010	39.246.600	24.000.000	15.000.000	78.246.600
2011 ff.	65.668.700		50.000.000	115.668.700
Summen	287.416.300	78.000.000	78.000.000	443.416.300

Erläuterungen:

Die eingegangenen Verbindungen belasten auch die Titel 661 60 und Titel 891 60.
Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	86.000.000	84.270.700
--	-------------------	-------------------

TGr. 70 Pauschalförderung für Krankenhäuser sowie gleichgestellte Einrichtungen

Ausgaben bei Titel 883 70 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 893 70 geleistet werden.

Die Kosten der Planung einschließlich Druckkosten für den Krankenhausplan dürfen aus den Ausgaben der Titelgruppe bestritten werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Pauschalförderung von Krankenhäusern gemäß § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. §§ 17 und 18 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg.

883 70	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	806.076	0	0
893 70	312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	22.846.981	22.047.800	23.609.800

Erläuterungen:

Mehr nach Umsetzung von 1.562.000 EUR von Kapitel 07 180 Titel 891 10.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	22.047.800	23.609.800
--	-------------------	-------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	108.047.800	107.880.500
--	--------------------	--------------------

07
07 050

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.500	0
--------	---	-------	---

Gesamteinnahme		3.500	0
-----------------------	--	--------------	----------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0
--------	---	---	---

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.551.200	11.122.100
--------	---	-----------	------------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.496.600	96.758.400
--------	--	-------------	------------

Gesamtausgabe		108.047.800	107.880.500
----------------------	--	--------------------	--------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-108.044.300	-107.880.500
--------------------------------------	--	---------------------	---------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	299	Gebühren, sonstige Entgelte	1.074.496	1.040.000	1.080.000
--------	-----	------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Ausgaben für die Erstattung der Gebühren für zurückgegebene Wertmarken dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 60 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 682 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge aus der Eigenbeteiligung an der unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen nach § 145 Abs.1 SGB IX.

119 10	299	Sonstige Einnahmen	61	0	0
--------	-----	---------------------------	-----------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht für Rückflüsse aus den Vorjahren.

aus Titelgruppen:	13.235.000	10.608.500
--------------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 1:	14.275.000	11.688.500
---------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

aus Titelgruppen:	8.110.000	9.325.000
--------------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 3:	8.110.000	9.325.000
---------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 70 verwendet werden.

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.

111 70	299	Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	10.502.523	12.800.000	10.000.000
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Nach § 77 SGB IX haben Arbeitgeber für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe, die auf der Grundlage einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote ermittelt wird, zahlt der Arbeitgeber jährlich. Weniger wegen geringerer Zahl zahlungspflichtiger Betriebe.

112 70	299	Geldbußen nach § 156 SGB IX	3.850	0	0
--------	-----	------------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich ausgebracht. Gemäß § 156 Abs. 2 SGB IX kann das Landesarbeitsamt bei Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit § 80 SGB IX diese mit einer Geldbuße ahnden, die gemäß § 156 Abs. 5 SGB IX an das Integrationsamt abzuführen ist.

119 70	299	Sonstige Einnahmen	322.881	200.000	300.000
--------	-----	---------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 77 Abs. 4 SGB IX sind für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt nach dem 31. März Säumniszuschläge nach Maßgabe des § 24 Viertes Buch Sozialgesetzbuch zu erheben. Die Inanspruchnahme von Integrationsfachdiensten wird vom Auftraggeber vergütet (§ 113 SGB IX). Mehr wegen gestiegener Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Integrationsfachdienste.

162 70	299	Erträge der Ausgleichsabgabe	125.644	106.000	151.000
--------	-----	-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Zinseinnahmen im Rahmen der Verwaltung der Ausgleichsabgabe bei dem Integrationsamt nach § 77 Abs. 7 SGB IX. Mehr in Anpassung an das erzielbare Zinsniveau.

182 70	299	Tilgungen aus der Verwendung der Ausgleichsabgabe	165.614	110.000	150.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Rückzahlung bewilligter Darlehen nach § 14 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Mehr wegen erfolgter Neuausreichung von Darlehen.

282 70	299	Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem SGB IX	3.753.988	1.500.000	2.000.000
--------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr wegen sinkender Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe im Land Brandenburg (Titel 111 70).

359 70	950	Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	8.208.329	8.110.000	9.321.000
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 359 70

Erläuterungen:

Nicht benötigte Mittel können von dem Integrationsamt einer Rücklage zugeführt werden. Bei Bedarf werden die Beträge dem Haushalt mit Hilfe dieser Buchungsstelle wieder zugeführt.

Mehr wegen höherer Zuführungen an die in den Vorjahren gebildeten Rücklagen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	22.826.000	21.922.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 80 Kriegsoferversorge

162 80	247	Zinsen für Darlehen der Kriegsoferversorge	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Ist-Einnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 631 80 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für eingehende Zinsen aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

182 80	247	Tilgungen aus Darlehen der Kriegsoferversorge	3.129	10.000	3.000
---------------	------------	--	--------------	---------------	--------------

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 631 80 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Tilgungsbeträge aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

Weniger wegen Auslaufen der Rückzahlungen der in Vorjahren ausgereichten Darlehen.

233 80	247	Übergeleitete Ansprüche gemäß § 27 g Bundesversorgungsgesetz	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Ist-Einnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 631 80 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Einnahmen aus Unterhaltsleistungen.

281 80	247	Erstattungen von Wohngeld für Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a Bundesversorgungsgesetz	11.769	8.000	0
---------------	------------	--	---------------	--------------	----------

Ist-Einnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 631 80 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Erstattungen von vorgeleistetem Wohngeld gemäß § 104 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch.

Nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und Satz 2 Wohngeldgesetz in der Fassung von Artikel 25 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 ("Hartz IV", BGBl. I S. 2954) erhalten Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz ab 1. Januar 2005 keinen Mietzuschuss mehr, der bei der Vorleistung durch das Land von den Wohngeldstellen zu erstatten wäre. Für einen Übergangszeitraum erfolgten jedoch noch Erstattungen von bis zum 31. Dezember 2004 vorgeleistetem Wohngeld von den Wohngeldstellen an das Land.

Weniger wegen Auslaufen des Übergangszeitraumes.

282 80	247	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz von Heimbewohnern im Rahmen der Kriegsoferversorge	884.983	1.100.000	800.000
---------------	------------	--	----------------	------------------	----------------

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 631 80 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 282 80

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind veranschlagt für den Einsatz von Einkommen und Vermögen, insbesondere aus Renten der Kriegsofper bzw. deren Hinterbliebenen, soweit diese in Heimen betreut werden.
Weniger wegen einer tendenziellen Abnahme der Zahl der Heimbewohner aufgrund der Altersstruktur.

331 80	247	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsofperfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz	3.338	0	4.000
---------------	------------	--	--------------	----------	--------------

Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 863 80.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 80.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			1.118.000	807.000	
-------------------------------------	--	--	------------------	----------------	--

TGr. 90 Kriegsofperfürsorge nach Nebengesetzen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen insbesondere aus dem:

- Opferentschädigungsgesetz
- Infektionsschutzgesetz
- Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

119 90	247	Rückflüsse aus Nebengesetzen	22.218	0	0
---------------	------------	-------------------------------------	---------------	----------	----------

Ist-Einnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Ausgaben bei Titel 631 90 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Ausgebracht für sonstige Rückflüsse aus Nebengesetzen.

182 90	247	Tilgungen aus Darlehen nach Nebengesetzen	4.580	9.000	4.500
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Ausgaben bei Titel 631 90 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Tilgungsbeiträge nach § 25 b Bundesversorgungsgesetz an Berechtigte nach Nebengesetzen.

282 90	247	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz von Anspruchsberechtigten nach Nebengesetzen	42.998	14.000	14.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Mehreinnahmen dienen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung der Ausgaben bei Titel 631 90 und dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Einsatz von Einkommen und Vermögen insbesondere von anspruchsberechtigten Personen, die Leistungen nach Nebengesetzen beziehen, soweit diese in stationären Einrichtungen betreut werden.

331 90	247	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsofperfürsorge nach Nebengesetzen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 863 90.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 90.

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 060 **Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 90	23.000	18.500
-----------------------	---------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	23.967.000	22.747.500
-----------------------	----------------------------------	-------------------	-------------------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 060 **Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

aus Titelgruppen:	7.453.000	8.556.000
--------------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 9:	7.453.000	8.556.000
---------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Soziales Entschädigungsrecht und SGB IX

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Versorgungsleistungen nach den Nebengesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird (z. B. Infektionsschutzgesetz, Opferentschädigungsgesetz, 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Unterstützungsabschlussgesetz, Anti-D-Hilfegesetz).

631 60	299	Erstattungen an den Bund aus den Einnahmen der Wertmarken für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr	368.063	320.000	370.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den bei Titel 111 10 nachzuweisenden Einnahmen (§ 152 SGB IX). Mehr in Anpassung an das Ist 2005.

636 60	299	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	240.802	300.000	233.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Das Land erstattet die den Krankenkassen gem. § 20 Bundesversorgungsgesetz sowie §§ 11, 90 b Bundesvertriebenengesetz entstehenden Verwaltungskosten.
Weniger wegen sinkender Fallzahlen.

681 60	299	Renten, Unterstützungen und sonstige Leistungen nach Leistungsgesetzen	11.548.826	9.600.000	12.346.000
---------------	------------	---	-------------------	------------------	-------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

	2007 EUR
1. Leistungen an Impfgeschädigte nach § 60 Infektionsschutzgesetz Veranschlagt sind die Mittel für Heil- und Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung sowie für Renten und andere Leistungen für Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene und sonstige Leistungen nach §§ 25 bis 27 Bundesversorgungsgesetz.	2.343.000
2. Entschädigungen nach § 56 Infektionsschutzgesetz	19.000
3. Geldleistungen an Opfer von Gewalttaten (Renten und Erstattungen)	1.474.000
4. Sachleistungen an Opfer von Gewalttaten	3.172.000
5. Aufwendungen für Beweiserhebungskosten im Zusammenhang mit Versorgungsleistungen und für Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht	4.155.000
6. Leistungen an Berechtigte nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	119.000
7. Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	34.000
8. Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (3. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	100.000
9. Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Verwaltungsrechtliches Reha-Gesetz)	26.000
10. Leistungen nach dem Unterstützungsabschlussgesetz	390.000
11. Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz	514.000
Summe	12.346.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 681 60

Mehr wegen steigender Fallzahlen insbesondere im Bereich des Infektionsschutzgesetzes, des Opferentschädigungsgesetzes und SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes sowie steigender Beweiserhebungskosten.

682 60	299	Erstattung von Fahrgeldausfällen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr	5.017.070	6.359.000	6.312.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bundesmitten

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

Das Land erstattet nach § 148 SGB IX Fahrgeldausfälle an Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, die verpflichtet sind, bestimmte Gruppen von schwerbehinderten Menschen unentgeltlich zu befördern.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	16.579.000	19.261.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 70 Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titelgruppe 70 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 70 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

631 70	299	Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem SGB IX	3.412.174	3.852.000	3.400.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

30 vH des Aufkommens aus der Ausgleichsabgabe hat das Integrationsamt an den Ausgleichsfonds weiterzuleiten (§ 77 Abs. 6 SGB IX i. V. m. § 36 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung). Zusätzlich sind im Rahmen der Übergangsregelung in § 46 Abs. 1 Ziffer 2 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung 4 vH des Ausgleichsabgabeaufkommens an den Ausgleichsfonds weiterzuleiten, verringert um den Betrag, den die Träger der Integrationsämter in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales bis zum 31.12.2005 für die Förderung der Projekte für Werk- und Wohnstätten für behinderte Menschen sowie Blindenwerkstätten bewilligt haben.

Weniger wegen Reduzierung der abzuführenden Anteile entsprechend § 36 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.

632 70	299	Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen den Integrationsämtern	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel dient der Buchung evtl. Zahlungsverpflichtungen des Integrationsamtes im Rahmen des jährlichen Finanzausgleichs entsprechend § 77 Abs. 6 SGB IX.

681 70	299	Zuschüsse an schwerbehinderte Menschen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe	589.300	600.000	600.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Leistungen des Integrationsamtes an schwerbehinderte Menschen im Arbeits- und Berufsleben nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 19 bis 25 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.

682 70	299	Kosten für die Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen aus der Ausgleichsabgabe	137.635	130.000	140.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 682 70

Erläuterungen:

Leistungen nach § 102 SGB IX i. V. m. § 29 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen für Schwerbehindertenvertretungen und Arbeitgebervertretungen.

683 70	299	Zuschüsse an Arbeitgeber für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe	2.612.779	2.750.000	2.750.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Zuschüsse an Arbeitgeber durch das Integrationsamt nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 26 und 27 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung für die Erhaltung, Ausstattung und Unterhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen schwerbehinderter Menschen.

684 70	299	Leistungen im Rahmen der Förderung gemäß § 30 Schwerbehinderten- Ausgleichsabgabeverordnung	15.000	200.000	0
---------------	------------	--	---------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen rückläufiger Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe (vgl. Titel 111 70).

685 70	299	Ausgaben im Rahmen des psychosozialen Dienstes bei der Durchführung begleitender Hilfe im Arbeitsleben	2.835.348	2.955.000	2.775.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Beratung, Betreuung und Vermittlungsangebote im Rahmen der Durchführung der psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 27a und 28 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung unter Einbeziehung psychosozialer Dienste bei freien Trägern sowie Beteiligung der Integrationsfachdienste zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben (Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer möglichst dauerhaften Beschäftigung).

686 70	299	Zuschüsse an Integrationsprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen	715.677	1.100.000	801.000
---------------	------------	---	----------------	------------------	----------------

Erläuterungen:

Weniger wegen rückläufiger Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe (vgl. Titel 111 70).

862 70	299	Darlehen an Integrationsprojekte	99.998	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel wird vorsorglich ausgebracht für Darlehen an Integrationsprojekte für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung von Arbeitsplätzen nach § 134 SGB IX.

863 70	299	Darlehen aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	105.104	250.000	150.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Darlehen zur Schaffung und Erhaltung von behindertengerechten Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen nach § 15 Abs. 1 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung an Arbeitgeber sowie an schwerbehinderte Menschen zur Erlangung oder Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung sowie zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit nach §§ 21 und 22 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.
Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

891 70	299	Zuschüsse an Integrationsprojekte für Investitionen	345.499	266.000	250.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

892 70	299	Zuschüsse an Arbeitgeber aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX für Investitionen	1.628.087	2.750.000	2.500.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsofopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 892 70

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen für neue Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen (vgl. §§ 15, 26 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung).

893 70	299	Investive Leistungen im Rahmen der Förderung gemäß § 30 Schwerbehinderten - Ausgleichsabgabeverordnung	295.365	520.000	0
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen rückläufiger Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe (vgl. Titel 111 70).

919 70	950	Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	10.290.859	7.453.000	8.556.000
---------------	------------	---	-------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr wegen einer höheren Zuführung an die zu bildende Rücklage wegen der erforderlichen haushaltsmäßigen Absicherung mehrjähriger Maßnahmen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	22.826.000	21.922.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 80 Kriegsofopferfürsorge

Die Ausgaben der Titelgruppe sind über die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz hinaus gegenseitig deckungsfähig.

631 80	247	Erstattungen an den Bund	742.642	894.400	642.400
---------------	------------	---------------------------------	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Ist-Einnahmen bei den Titeln 162 80, 233 80 und 281 80 sowie an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 80 und 282 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

80 vH der Tilgungsbeiträge und Zinsen aus den nach § 25 b Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz gewährten Darlehen sowie 80 vH der Einnahmen aus Kostenbeiträgen, Wohngeld und übergeleiteten Ansprüchen sind an den Bund abzuführen. Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Kostenbeiträgen, da tendenziell die Zahl der Heimbewohner abnimmt und wegen geringerer Tilgungsbeiträge, da Rückzahlungen von in Vorjahren ausgereichten Darlehen auslaufen, sowie wegen wegfallender Einnahmen aus Wohngelderstattungen, da ab 1. Januar 2005 die Anspruchsgrundlage entfallen ist (nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und Satz 2 Wohngeldgesetz in der Fassung von Artikel 25 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 ["Hartz IV", BGBl. I S. 2954] erhalten Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz ab 1. Januar 2005 keinen Mietzuschuss mehr, der bei der Vorleistung durch das Land von den Wohngeldstellen zu erstatten wäre).

681 80	247	Kriegsofopferfürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und in besonderen Fällen	853.364	900.000	700.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Einnahmen bei den Titeln 162 80, 233 80 und 281 80 und an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 80 und 282 80 geleistet werden. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

		2007 EUR
1.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz innerhalb von Einrichtungen	400.000
2.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz außerhalb von Einrichtungen	300.000
	Summe	700.000

Weniger wegen einer tendenziellen Abnahme der Anzahl der Leistungsempfänger aufgrund der Altersstruktur.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

863 80	247	Darlehen der Arbeits- und Berufsfürsorge nach § 25 Bundesversorgungsgesetz und Darlehen der Kriegsofervürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz	4.172	0	5.000
---------------	------------	--	--------------	----------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

Bundesmitten

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung der Bund beteiligt ist. Der Anteil des Bundes ist im Ansatz berücksichtigt.

Darlehen können gewährt werden, wenn dies zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßig ist (vgl. § 25 b Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz). Nach § 26 Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz gehört zur Hilfe der Arbeits- und Berufsfürsorge auch Hilfe zur Gründung und Erhaltung einer eigenen Existenz. Geldleistungen hierfür sollten in der Regel als Darlehen gewährt werden.

Veranschlagt sind die Ausgaben mit einem Bundesanteil von 80 vH (Titel 331 80) und einem Landesanteil von 20 vH.

Mehr wegen vorsorglicher Veranschlagung eines Darlehens zur Kfz-Beschaffungshilfe.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	1.794.400	1.347.400
-------------------------------------	------------------	------------------

TGr. 90 Kriegsofervürsorge nach Nebengesetzen

Die Ausgaben der Titelgruppe sind über die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz hinaus gegenseitig deckungsfähig.

631 90	247	Erstattungen an den Bund aus Rückflüssen	175	0	0
---------------	------------	---	------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils der Ist-Einnahmen bei Titel 119 90 und der Mehreinnahmen bei den Titeln 182 90 und 282 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Anteile des Bundes an den Rückflüssen aus Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz.

681 90	247	Kriegsofervürsorgeleistungen nach Nebengesetzen	1.230.443	1.100.000	1.251.300
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Ist-Einnahmen bei Titel 119 90 und an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 90 und 282 90 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Bundesmitten

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

			2007
			EUR
1.	Leistungen an Impfgeschädigte		470.000
2.	Geldleistungen an Opfer von Gewalttaten		141.300
3.	Sachleistungen an Opfer von Gewalttaten		640.000
4.	Leistungen an Berechtigte nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz		0
Summe			1.251.300

Mehr in Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der Fallzahlen.

863 90	247	Darlehen im Rahmen der Kriegsofervürsorge nach Nebengesetzen	1.172	0	0
---------------	------------	---	--------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 331 90 geleistet werden.

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 060 **Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 863 90

Erläuterungen:

Vorgesehen für Darlehen an Anspruchsberechtigte nach Nebengesetzen.

Soweit das jeweilige Nebengesetz vorsieht, dass sich der Bund mit einem bestimmten Vom-Hundert-Satz am Darlehen beteiligen muss, wird der Bundesanteil in entsprechender Höhe bei Titel 331 90 vereinnahmt und zusammen mit dem entsprechenden Landesanteil bei Titel 863 90 verausgabt.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	1.100.000	1.251.300
-------------------------------------	------------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	42.299.400	43.781.700
---	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	14.275.000	11.688.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.622.000	2.814.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	8.110.000	9.325.000
Gesamteinnahme		25.007.000	23.827.500

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	31.060.400	32.320.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.786.000	2.905.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	7.453.000	8.556.000
Gesamtausgabe		42.299.400	43.781.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-17.292.400	-19.954.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	234	Gebühren, sonstige Entgelte	8.218	4.500	8.000
--------	-----	------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren, die im Rahmen der Durchführung des Heimgesetzes erhoben werden.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	4.957.810	114.000	260.000
--------	-----	---------------------------	------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen.

119 15	234	Rückflüsse aus Zuwendungen	187.566	89.900	127.000
--------	-----	-----------------------------------	----------------	---------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel.
Mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen.

Summe HGr. 1:	208.400	395.000
---------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	292	Zuweisungen des Bundes zur Weiterleitung an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen des Wohngeldgesetzes i. V. m. SGB XII Viertes Kapitel	6.503.100	0	0
--------	-----	--	------------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 633 30 verwendet werden.

281 10	234	Erstattung von Ausgaben für Sachverständige gemäß § 14 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 526 20.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 526 20.

aus Titelgruppen:	75.800	174.000
--------------------------	---------------	----------------

Summe HGr. 2:	75.800	174.000
---------------	---------------	----------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	235	Zuweisungen des Bundes für Investitionen in Pflegeeinrichtungen gemäß Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz	19.481.255	0	0
--------	-----	---	-------------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 892 60 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 892 60.

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

331 20	235	Erstattungen des Bundes aus dem Ausgleichsfonds für Investitionen in "Wohn- und Werkstätten für behinderte Menschen"			0
neu					

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen im Rahmen der Übergangsregelung gemäß § 46 Abs. 1 Ziffer 2 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.

382 18	990	Einnahmen aus weiterzuleitenden Spenden	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18 verwendet werden.

Erläuterungen:

Spenden Dritter, die an die Berechtigten weiterzuleiten sind (Durchlaufspenden).

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	----------	----------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

182 70	234	Darlehensrückflüsse von Sozialhilfeempfängern	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

231 70	234	Erstattungen vom Bund für Hilfe für Deutsche im Ausland gem. § 133 SGB XII	34.379	15.800	34.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an das erzielte Ist 2005.

282 70	234	Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und sonstige Ansprüche auf Erstattung gemäß § 19 i. V. m. Kapitel 11 SGB XII	167.897	60.000	140.000
---------------	------------	---	----------------	---------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an das erzielte Ist 2005.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 70	75.800	174.000
-----------------------	---------------	---------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	75.800	174.000
-----------------------	----------------------------------	---------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	234	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
526 20	234	Entschädigung von Sachverständigen gemäß § 13 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Entstehende Ausgaben nach § 13 Landespflegeausschussverordnung für die Hinzuziehung beratender Teilnehmer werden nach § 14 Landespflegeausschussverordnung anteilig von den in § 2 Abs. 1 Landespflegeausschussverordnung genannten Organisationen und Institutionen getragen. Entsprechende Einnahmen kommen bei Titel 281 10 auf.

Summe HGr. 5:	0	0
---------------	---	---

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	234	Kostenerstattungen für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz	8.238.058	10.510.000	8.685.000
--------	-----	---	-----------	------------	-----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz für blinde und gehörlose Menschen.
Weniger wegen Fallzahlrückgang.

633 30	292	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Bundes im Rahmen des § 34 Wohngeldgesetz i. V. m. SGB XII Viertes Kapitel	6.503.100	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 231 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

633 50	212	Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte nach § 6 Abs. 4 Landespflegegesetz	35.783	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

636 10	234	Kostenerstattung an Krankenkassen	1.774.654	1.774.700	1.873.500
--------	-----	-----------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Grundlage der Erstattung ist Artikel 5 des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1054), das zum 01.01.1996 in Kraft trat. Das Land Brandenburg erstattet den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen durch dieses Gesetz entstehenden Kosten. Es handelt sich um die Erstattung von Kosten für ambulante Schwangerschaftsabbrüche (ca. 4.475 Fälle x 391 EUR durchschnittliche Kosten je Fall) sowie stationäre Schwangerschaftsabbrüche (ca. 250 Fälle x 495 EUR durchschnittliche Kosten je Fall).

684 11	236	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts- pflege und Landesverbände im sozialen Bereich	1.396.200	1.400.000	1.325.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 11

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	25.000
davon fällig:	
2008 bis zu	25.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		1.325.000		1.325.000
2008		1.300.000	25.000	1.325.000
2009		1.300.000		1.300.000
2010				
2011 ff.				
Summen		3.925.000	25.000	3.950.000

Erläuterungen:

Das Land ist nach § 5 Abs. 3 SGB XII i. V. m. § 17 Abs. 3 SGB I verpflichtet, Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bei ihrer sozialen Tätigkeit zu unterstützen. Gefördert werden:

	2007 EUR
1. Personalkosten für die Anleitungs- und Koordinierungstätigkeiten der Spitzenverbände bei Projekten der nichtregelfinanzierten sozialen Arbeit	1.225.000
2. Verbandsaufgaben der Landesverbände	100.000
Summe	1.325.000

684 12 236 Förderung von Projekten im sozialen Bereich 583.093 600.000 566.500

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	250.000
davon fällig:	
2008 bis zu	250.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 12

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		260.000		260.000
2008			250.000	250.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		260.000	250.000	510.000

Erläuterungen:

Bundesmittel

Aus den veranschlagten Mitteln werden u. a. Landesmittel bereitgestellt, um die vom Bund für einzelne Projekte bereitgestellten Mittel kofinanzieren zu können. Die Mittel des Bundes fließen nicht über den Landeshaushalt.

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung insbesondere von überregionalen Projekten und modellhaften Maßnahmen zur Erprobung von innovativen Ansätzen in den Bereichen:

	2007 EUR
1. Altenpflege	62.700
2. freiwilliges Engagement älterer Menschen und Seniorenarbeit, insbesondere Brandenburgische Seniorenwoche	100.000
3. soziale Integration und Selbsthilfe von behinderten Menschen	136.800
4. Integration von Zuwanderern	207.000
5. Brandenburgische Telefonseelsorge	60.000
Summe	566.500

Weniger nach Umsetzung von 33.500 EUR nach Kapitel 07 040 Titel 684 80.

684 17	244	Zuschüsse an die Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft"	525.454	568.800	568.800
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Leistungen der gemeinsamen Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" der Länder Berlin und Brandenburg an Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg.

	2007 EUR
1. Laufende Leistungen an 273 Anspruchsberechtigte	367.080
2. Einmalige Leistungen an 331 Anspruchsberechtigte	183.720
3. Anteilige Verwaltungskosten	18.000
Summe	568.800

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(633 20)	299	Förderung des Ehrenamtes	0	0	
----------	-----	---------------------------------	----------	----------	--

(684 18)	234	Zuschüsse an anerkannte Betreuungsvereine im Zusammenhang mit der Umsetzung des Betreuungsgesetzes	0	0	
----------	-----	---	----------	----------	--

aus Titelgruppen: **354.969.000** **48.170.200**

Summe HGr. 6: **369.822.500** **61.189.000**

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(893 10)	236	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation	0	0	
-----------------	------------	---	----------	----------	--

Summe HGr. 8:	0	0
---------------	---	---

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Ausgaben zur Weiterleitung von Spenden Dritter an die Berechtigten	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Spenden Dritter, die an die Berechtigten weiterzuleiten sind (Durchlaufspenden).

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 PflegeVG und kurzfristig notwendige Investitionsmaßnahmen zur Förderung sozialer Einrichtungen, insbesondere von voll- und teilstationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Die Ausgaben bei Titel 663 60 sind übertragbar.

Ausgaben bei Titel 892 60 dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Einsparungen bei Titel 663 60 dienen bis zur Höhe von 100.000 EUR zur Deckung von Ausgaben bei Titel 526 60 für Rechtsstreitigkeiten gegen das Land einschließlich damit verbundener Vergleichsverhandlungen.

Erläuterungen:

Aufgrund des Artikels 52 Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) hat die Landesregierung ein Investitionsprogramm Pflege (IVP) aufgelegt. Die Förderung richtete sich nach §§ 4 und 5 Landespflegegesetz vom 27. Juni 1995 (GVBl. I S. 130/131), der Pflegeinvestitionsverordnung vom 13. März 1996 (GVBl. II S. 245), der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms Pflege des Landes Brandenburg (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 23 vom 23. Mai 1996) in den jeweils geltenden Fassungen und den vom Kabinett am 13. August 1996, zuletzt geändert am 23. Mai 2002, beschlossenen Grundsätzen zum IVP.

Danach waren zur Bewilligung vorgesehen:

- bis zum Jahr 2002 10.585 Plätze in Altenpflegeheimen (darunter bis zu 40 Plätze in stationären Hospizen), 1.800 Plätze des Betreuten Wohnens im Heim, 906 Plätze für Tagespflege, 621 Plätze für Kurzzeitpflege,
- bis zum Jahr 2005 2.785 stationäre Plätze für erwachsene Geistigbehinderte, Mehrfachbehinderte und Schwerstkörperbehinderte, 263 teilstationäre Plätze für erwachsene Behinderte (Förder- und Beschäftigungsbereiche), 331 stationäre Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 2.463 Plätze in Werkstätten für Behinderte, 13 Sonderkita-Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 835 stationäre Plätze für psychisch Kranke und chronisch mehrfach-geschädigte Abhängigkeitskranke.

Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen dauert in der Regel 2 Jahre.

Nach Maßgabe der vorgenannten Regelungen konnten im Rahmen des Landesanteils auch gefördert werden:

- Planungskosten im Zusammenhang mit Umplanungen, Zurückstellung oder Nichtrealisierung von Vorhaben, sofern die Vorhaben Bestandteil des Landes-Altenpflegeheim-Bauprogramms (LAB) waren, die Gründe für die Umplanung, Zurückstellung oder Nichtrealisierung vom Träger nicht verschuldet und die Kosten der Höhe nach wirtschaftlich und sparsam bemessen waren - i. H. v. insgesamt 4,1 Mio. EUR,
- zeitlich befristete Anlaufkosten für Fälle, in denen die Einrichtungen nach Inbetriebnahme bis zur Vollbelegung aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen keine ausreichende Deckung der Betriebskosten erzielen konnten sowie Umstellungskosten - i. H. v. insgesamt 3,4 Mio. EUR,
- Ergänzungsinvestitionen im Altenpflegebereich in Fällen, in denen im Rahmen von Umplanungen der Pflegesätze der alten Stufen I und II wegen der fortgeschrittenen Vorhabendurchführung Baustandards nicht mehr reduziert werden konnten oder Wohnraum des Betreuten Wohnens mit vollpflegefähiger Ausstattung gebaut wurde - i. H. v. 7,7 Mio. EUR,
- standortbedingte Sonderkosten, sofern das Vorhaben vor Beginn der Durchführung mit dem MASGF abgestimmt war bzw. die Gründe für die Sonderkosten zur Durchführung zwingend notwendig waren und sie der Höhe nach wirtschaftlich und sparsam bemessen waren und
- kleinere Sanierungen bei Wohnstätten für Behinderte sowie bei Einrichtungen für chronisch psychisch Kranke und Abhängigkeitskranke i. H. v. insgesamt 6,1 Mio. EUR.

Zwischen den Positionen waren Verschiebungen unter Beachtung des gesamten Investitionsanteils des Landes möglich.

Zur Finanzierung des Investitionsprogramms stellte der Bund gemäß Art. 52 PflegeVG insgesamt rd. 530 Mio. EUR zur Verfügung, das Land insgesamt rd. 556 Mio. EUR, die kommunalen Gebietskörperschaften (nur beim Betreuten Wohnen) rd. 22 Mio. EUR, die Träger rd. 141 Mio. EUR und der Bund aus Mitteln aus dem Ausgleichsfonds rd. 56 Mio. EUR. Insgesamt beträgt das Fördervolumen rd. 1,3 Mrd. EUR.

Die zur Ausfinanzierung der bewilligten Projekte erforderlichen Bundesmittel werden bei Titel 331 10 vereinnahmt und bei Titel 892 60 verausgabt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Die vom Land aufzubringenden Komplementärmittel an den vom Bund mitfinanzierten Investitionsmaßnahmen gemäß Art. 52 PflegeVG und Ausgleichsfonds sowie die vom Land darüber hinaus bereitgestellten Mittel für Einrichtungen werden durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) finanziert. Die der ILB entstehenden Refinanzierungskosten (Zinsen und Tilgung) werden vom Land erstattet; die Ausgaben sind bei Titel 663 60 veranschlagt, wobei die Veranschlagung von einem Refinanzierungszeitraum von 25 Jahren ausgeht.

Mit der Programmdurchführung wurde die ILB beauftragt. Die ILB erhält gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Entgelt in Höhe von bis zu 2 vH des bewilligten Zuwendungsbetrages (planmäßig letztmalig in 2006), das in den Ausgaben bei Titel 663 60 enthalten ist. Ferner werden der ILB aus diesem Titel die Kosten erstattet, die ihr durch Rechtsstreitigkeiten entstehen, deren Ursachen nicht in der Tätigkeit der ILB als Bewilligungsstelle liegen, sondern durch Rechtssetzungen, Planungen und fachliche Weisungen des MASGF verursacht worden sind. Zu diesen Kosten gehören insbesondere Prozesskosten, Anwaltskosten sowie Schadenersatzansprüche, die sich gegen die ILB richten.

526 60	235	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

663 60	235	Zuweisungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg zur Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 Pflege-Versicherungsgesetz	37.898.757	42.000.000	41.000.000
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	46.951.000			46.951.000
2008	47.143.300			47.143.300
2009	47.143.300			47.143.300
2010	47.143.300			47.143.300
2011 ff.	643.618.400			643.618.400
Summen	831.999.300			831.999.300

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln konnten im Rahmen des § 3 Abs. 6 und 7 der Pflegeinvestitionsverordnung Zuschüsse für Entgelte für Miete, Pacht, Nutzung oder Mitbenutzung von Gebäuden oder sonstigen Anlagegütern oder Zuschüsse für Belastungen aus Darlehen gewährt werden.

892 60	235	Zuweisungen des Bundes für Investitionen in Pflegeeinrichtungen gemäß Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz	19.481.255	0	0
--------	-----	---	-------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Nach Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz stellte der Bund in den Jahren 1995 bis 2002 dem Land Brandenburg jährliche Finanzhilfen in Höhe von 66.263.500 EUR zur Förderung von Investitionsmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen sowie für Pflegebereiche und Pflegeabteilungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe i. S. d. §§ 43 a, 71 Abs. 2 und 4 Sozialgesetzbuch Elftes Buch zur Verfügung. Die Bewilligung der Projekte nach Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz wurde im Jahr 2002 abgeschlossen. Weitere, bislang einbehaltene Bundesmittel sind in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung auszu zahlen. Die bisher noch nicht abgerufenen Bundesmittel werden über entsprechende Leertitel bei Titel 331 10 vereinnahmt und bei Titel 892 60 verausgabt.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(427 60)	235	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0	0	
----------	-----	--	----------	----------	--

(547 60)	235	Nicht aufteilbare Sachausgaben	0	0	
----------	-----	---------------------------------------	----------	----------	--

Nachrichtlich: Summe TGr. 60			42.000.000	41.000.000	
-------------------------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 70 Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

Ausgaben bei Titel 526 70 dürfen bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 geleistet werden. Ausgaben bei Titel 531 70 dürfen bis zu 150.000 EUR der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 geleistet werden. Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen durch die oberste Landessozialbehörde auch Ausgaben zur Unterstützung der örtlichen Träger der Sozialhilfe gemäß § 7 SGB XII geleistet werden.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind die Mittel für die Wahrnehmung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) veranschlagt. Aufgrund der ab dem 01.01.2007 geltenden Rechtslage wurden die für eine Erstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger bislang in dieser Titelgruppe veranschlagten Mittel wegen der Neuordnung der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in den Einzelplan 20 umgesetzt.

526 70	234	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten			0
neu					

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für eine wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII). Im Mittelpunkt stehen dabei die Beobachtung und die Begleitung der tatsächlichen Entwicklungen bei den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) einschließlich der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Ausgaben der Träger der Sozialhilfe.

531 70	234	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	68.155	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Landessozialberichten. Mit der Beobachtung und Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung im Land Brandenburg sollen die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Wirksamkeit der Sozialreformen verfolgt werden und als Grundlage für den effizienten Einsatz von Landesmitteln dienen.

632 70	234	Kostenerstattungen nach § 106 SGB XII	2.026.898	2.790.000	0
---------------	------------	--	------------------	------------------	----------

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung von 1.830.000 EUR nach Titel 633 70 und 545.000 EUR nach Titel 681 70.

633 70	234	Kostenerstattungen an örtliche Sozialhilfeträger	277.564.474	308.330.000	3.830.000
---------------	------------	---	--------------------	--------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Mittel für die Abwicklung der Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des § 100 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-BSHG/SGB XII) für 2006 und für die Abwicklung von Widerspruchs- und Klageverfahren aus Vorjahren. Des Weiteren sind Mittel für die Kostenerstattung nach § 106 SGB XII veranschlagt. Danach erstattet der überörtliche Träger der Sozialhilfe den örtlichen Trägern der Sozialhilfe seines Zuständigkeitsbereiches Kosten für die Unterbringung in einer Einrichtung für Hilfeempfänger, denen im Geltungsbereich des SGB XII kein gewöhnlicher Aufenthalt nachgewiesen werden kann.

Folgende Kostenerstattungen sind vorgesehen:

		2007 EUR
1.	Abwicklung Kostenerstattung gem. AG-BSHG/SGB XII für 2006 und Abwicklung Widerspruchs- und Klageverfahren aus Vorjahren	2.000.000
2.	Kostenerstattung gem. § 106 SGB XII	1.830.000
	Summe	3.830.000

Weniger nach Umsetzung der bislang für eine Kostenerstattung an örtliche Sozialhilfeträger vorgesehenen Mittel in den Einzelplan 20 sowie nach Umsetzung von 1.972.200 EUR nach Titel 681 70. Daneben wurden Mittel i. H. v. 1.830.000 EUR von Titel 632 70 umgesetzt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

681 70	234	Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe	1.090.795	1.849.000	3.340.200
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für:

		2007 EUR
1.	Hilfe für Deutsche im Ausland nach § 24 SGB XII i. V. m. § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII)	138.000
2.	Kosten für die öffentlich-rechtliche Unterbringung nach § 35 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz	685.000
3.	Hilfen nach Kapitel 8 SGB XII i. V. m. § 2 Abs. 1 AG-SGB XII	1.500.000
4.	Erstattung an sonstige in Vorleistung getretene Sozialhilfeträger unter den Voraussetzungen des § 98 Abs. 2 SGB XII i. V. m. § 2 Abs. 3 SGB X	545.000
5.	Sozialhilfeanaloge Leistungen für im Maßregelvollzug untergebrachte Patienten	472.200
	Summe	3.340.200

Mehr nach Umsetzung von 545.000 EUR von Titel 632 70 und 1.972.200 EUR von Titel 633 70.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	312.969.000	7.170.200
-------------------------------------	-------------	-----------

TGr. 80 Zuschüsse für die Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmer in geschützten Abteilungen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(683 80)	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0
(684 80)	253	Zuschüsse an sonstige Träger	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	0	0
-------------------------------------	---	---

TGr. 90 Förderung von Umschulungsmaßnahmen in der Altenpflege

Die bei Titel 684 90 ausbrachte Verpflichtungsermächtigung gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die Förderung von Personal- und Sachkosten für den theoretischen Unterricht (Schulkosten) an Altenpflegeschulen in unterschiedlicher Trägerschaft. Gefördert wird ausschließlich das 3. Ausbildungsjahr von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III (Umschulung). Gemäß der ab dem 01.01.2006 geltenden Rechtslage nach dem SGB III werden durch die Bundesagentur für Arbeit nur noch die ersten zwei Ausbildungsjahre unter der Voraussetzung gefördert, dass das letzte Ausbildungsjahr durch einen Dritten finanziert wird. Daher ist die Übernahme der Schulkosten für das 3. Ausbildungsjahr durch das Land erforderlich.

683 90	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0
neu				
684 90	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0
neu				

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 90

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	358.800
davon fällig:	
2008 bis zu	0
2009 bis zu	179.400
2010 bis zu	179.400
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007				
2008				
2009			179.400	179.400
2010			179.400	179.400
2011 ff.				
Summen			358.800	358.800

Erläuterungen:

Vorgesehen ist eine Übernahme der Schulkosten für bis zu 100 Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III.

685 90 252 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen**
neu

0

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 **0**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **354.969.000** **48.170.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	208.400	395.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	75.800	174.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		284.200	569.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	369.822.500	61.189.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		369.822.500	61.189.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-369.538.300	-60.620.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 080 **Frauenförderung, Gleichstellung, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	299	Sonstige Einnahmen	0	0	0
119 15	299	Rückflüsse aus Zuwendungen	19.999	10.000	19.900

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.
Mehr in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

Summe HGr. 1:			10.000	19.900
---------------	--	--	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 65 Förderung von Frauen, Gleichstellung und Familie

Mehrausgaben bei Titel 684 65 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 531 65 geleistet werden.

Ausgaben bei Titel 893 65 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der HGr. 6 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 65	299	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	6.415	9.800	9.800
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Vorarbeiten sowie für die Erstellung des Entwurfs des 5. Landesgleichstellungsgesetzes gemäß § 26 Landesgleichstellungsgesetz.

531 65	299	Kosten für Veröffentlichungen			35.000
neu					

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Überarbeitung und den Druck des "Ratgebers für Familien".

533 65	299	Aufwendungen für den Landesbeirat für Familienpolitik	190	20.000	20.000
--------	-----	---	-----	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für den Familienbeirat, der die Landesregierung in Fragen der Familienpolitik beraten, die familienpolitischen Herausforderungen beschreiben sowie konkrete Maßnahmen und Perspektiven für familienfreundliche Rahmenbedingungen aufzeigen soll. Insbesondere fallen Ausgaben für die Durchführung von turnusmäßigen Sitzungen des Beirates sowie für externe Sachverständige an.

541 65	299	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	208	3.200	52.300
--------	-----	--	-----	-------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für:

		2007 EUR
1.	die 17. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK)	50.000
2.	Veranstaltungen und Fachtagungen im Bereich der Familienpolitik sowie der lesbisch-schwulen Interessenvertretungen	1.500
3.	Fortbildungen für Frauenhausmitarbeiterinnen	800
Summe		52.300

Mehr wegen Zuständigkeit des Landes Brandenburg für die Ausrichtung der 17. GFMK in 2007.

546 65	299	Sonstiges	0	0	0
--------	-----	-----------	---	---	---

633 65	299	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	890.207	900.000	900.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 633 65

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	300.000
davon fällig:	
2008 bis zu	300.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		300.000		300.000
2008			300.000	300.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		300.000	300.000	600.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie zur Förderung von Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen und Beratung (Projektförderung).

681 65	299	Zuschüsse an natürliche Personen	0	0	0
683 65	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	350.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	120.000
davon fällig:	
2008 bis zu	120.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

noch zu 683 65

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung der Bereitstellung eines Familienpasses für das Land Brandenburg (Projektförderung). Mehr wegen Umsetzung des Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg.

684 65	299	Zuschüsse an freie Träger	991.005	906.000	1.289.500
---------------	------------	----------------------------------	----------------	----------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von:

1. Familien
2. Organisationen und Verbänden der Frauenpolitik
3. Projekten zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und zur Hilfe für Opfer von Menschenhandel
4. lesbisch-schwulen Interessenvertretungen
5. außerschulischer Mädchenarbeit
(Projektförderung)

Mehr wegen Umsetzung des Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg.

685 65	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

686 65	299	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

893 65	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65	1.839.000	2.656.600
-------------------------------------	-----------	-----------

TGr. 70 Schwangerschaftsberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050).

Die zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes erforderlichen Beratungsstellen haben Anspruch auf eine angemessene öffentliche Förderung der Personal- und Sachkosten gemäß § 4 Abs. 1 und 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz.

633 70	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	268.374	306.700	255.300
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualaufklärung und Schwangerschaft/Schwangerschaftskonflikt gem. § 4 Abs. 1 und 2 i. V. m. §§ 3 und 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz in kommunaler Trägerschaft.

Weniger nach Umsetzung von 51.400 EUR nach Titel 684 70.

684 70	299	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	3.379.549	3.413.800	3.479.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	1.000.000
davon fällig:	
2008 bis zu	1.000.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		1.000.000		1.000.000
2008			1.000.000	1.000.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		1.000.000	1.000.000	2.000.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 70

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualaufklärung und Schwangerschaft/Schwangerschaftskonflikt gem. § 4 Abs. 1 und 2 i. V. m. §§ 3 und 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz in freier Trägerschaft und der Geschäftsstelle des Landesverbandes von Pro Familia e. V.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	3.720.500	3.734.300
-------------------------------------	-----------	-----------

TGr. 95 Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Sach- und Personalkosten der anerkannten Beratungsstellen für die Insolvenzberatung gemäß § 8 des Artikels 1 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung und zur Anpassung von Rechtsvorschriften an die Insolvenzordnung vom 26.11.1998 (GVBl. I S. 218) sowie der Verordnung über die Finanzierung der Beratung durch geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren vom 20.06.2001 (GVBl. II S. 205) in den jeweils geltenden Fassungen.

633 95	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	5.909	0	0
684 95	299	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	721.479	772.600	1.000.000

Erläuterungen:

Mehr wegen steigender Anzahl von Fällen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 95	772.600	1.000.000
-------------------------------------	---------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	6.332.100	7.390.900
---	-----------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10.000	19.900
--------	---	--------	--------

Gesamteinnahme		10.000	19.900
-----------------------	--	---------------	---------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	33.000	117.100
--------	---	--------	---------

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.299.100	7.273.800
--------	---	-----------	-----------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
--------	--	---	---

Gesamtausgabe		6.332.100	7.390.900
----------------------	--	------------------	------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-6.322.100	-7.371.000
--------------------------------------	--	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen der Hauptgruppe 2 können zur Verstärkung der Ausgaben in der Gruppe 427 sowie in den Hauptgruppen 5 und 8 herangezogen werden.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	254	Gebühren, sonstige Entgelte	285.828	306.500	300.000
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 02.02.2005 (GVBl. II Seite 94).

111 20	254	Gebühren für die Erteilung von Erlaubnissen	28.577	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Siehe Vermerk bei Titel 633 10.

Erläuterungen:

Gebühren für die Erlaubniserteilung nach § 13 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) einschließlich Baugenehmigungen nach § 67 Abs. 2 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in Verbindung mit Erlass MSWV/MASGF vom 01. Juni 2004.

112 10	254	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	379.956	461.000	461.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Festsetzung der Geldstrafen und Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.2.1987 (BGBl. I Seite 602), in der Fassung vom 28.10.1994 (BGBl. I Seite 3186).

119 10	254	Sonstige Einnahmen	213	1.000	1.000
--------	-----	--------------------	-----	-------	-------

124 10	254	Mieten und Pachten	54.104	46.400	54.000
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2.	Einnahmen aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	54.000
3.	Sonstige Einnahmen	0
	Summe	54.000

Mehr wegen weiterer Vermietungen von Objekten im Regionalbereich Süd (Cottbus).

Summe HGr. 1:	814.900	816.000
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

272 10	254	Zuschüsse der Europäischen Kommission	20.922	0	0
--------	-----	---------------------------------------	--------	---	---

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 130 Landesamt für Arbeitsschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0
----------	-----	---------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	0	0
-----------------------	---------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.738.193	2.580.300	2.732.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.732.000
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		2.732.000

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2006	2007
Direktor des Landesamtes für Arbeitsschutz	B2	hD	1,00	1,00
Leitender Gewerbedirektor	A16	hD	3,00	3,00
Gewerbedirektor	A15	hD	12,00	12,00
Obergewerberat	A14	hD	14,00	14,00
Gewerberat	A13	hD	9,00	9,00
Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	15,00	15,00
Gewerbeamtsrat	A12	gD	16,00	16,00
Gewerbeamtmann	A11	gD	20,00	20,00
Gewerbeoberinspektor	A10	gD	11,00	11,00
Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	6,00	6,00
davon ku: 1,00 nach A7 mD mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
Gewerbehauptsekretär	A8	mD	5,00	5,00
Zusammen:			112,00	112,00

422 20	254	Unterhaltszuschüsse der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	0	36.000	0
--------	-----	---	---	--------	---

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 22.03.2004 wurden für den Arbeitsschutz die Laufbahnen besonderer Fachrichtung gestrichen und die Regellaufbahnen eingeführt. Abweichend von der bisherigen Verfahrensweise erfolgt damit die Ausbildung der Aufsichtskräfte in der Arbeitsschutzverwaltung künftig nicht mehr im Angestelltenverhältnis, sondern im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für die Regellaufbahn.

Weniger wegen vorübergehender Einstellung der Ausbildung.

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2006	2007
Gewerberatanwärter	A13	hD	1,00	1,00
Gewerbeoberinspektoranwärter	A10	gD	2,00	2,00
Zusammen:			3,00	3,00

422 25	011	Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

425 10	254	Vergütungen der Angestellten	7.133.946	7.756.300	8.306.200
--------	-----	------------------------------	-----------	-----------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 425 10

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	8.306.200
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
4.	Vergütung für Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	
Summe		8.306.200

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
I	hD	2,00	2,00
Ia	hD	6,00	6,00
Ib	hD	9,00	9,00
IIa	hD	3,00	2,00
III	gD	25,00	25,00
IVa	gD	45,00	42,00
IVb	gD	4,00	4,00
Vb	gD	4,00	2,00
Vc	mD	15,00	12,00
davon ku:	5,00 nach VIb mD mit Ausscheiden Stelleninhaber		
VIb	mD	9,00	7,00
VII-IXb	mD	4,00	3,00
VIII	mD	0,00	1,00
VIII	eD	1,00	0,00
Zusammen:		127,00	115,00

Leerstellen:

I	hD	0,00	1,00
IIa	1) hD	5,00	4,00
III	gD	2,00	4,00
IVa	gD	3,00	1,00
IVb	gD	2,00	1,00
Vb	gD	2,00	2,00
VIb	mD	2,00	1,00
Zusammen:		16,00	14,00

sonstige Stellenplanvermerke:

1) Bundestag

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2007

Zugänge:

Sonstige Zugänge		
1,00	VIII mD	Korrektur Laufbahn
1,00	Sonstige Zugänge	
1,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	IIa hD	
3,00	IVa gD	
2,00	Vb gD	
3,00	Vc mD	
2,00	VIb mD	
1,00	VII-IXb mD	
12,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 425 10

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	VIII eD	Korrektur Laufbahn
1,00	Sonstige Abgänge	
13,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-12,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	I hD	Umsetzung Altersteilzeit
2,00	III gD	Umsetzung Altersteilzeit
3,00	Zugänge neue Stellen	
3,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	IIa hD	Ausscheiden Stelleninhaber
2,00	IVa gD	Ausscheiden Stelleninhaber
1,00	IVb gD	Ausscheiden Stelleninhaber
1,00	Vlb mD	Ausscheiden Stelleninhaber
5,00	Sonstige Abgänge	
5,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25	011	Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

426 10	254	Löhne der Arbeiter	38.456	0	0
--------	-----	--------------------	--------	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist aus technischen Gründen ausgebracht, um die Bezahlung eines auf einer Angestelltenstelle geführten Arbeiters sicherzustellen. Eine gesonderte Arbeiterstelle wird daher nicht ausgebracht.

427 20	254	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0	0	0
--------	-----	-------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorgesehen für die Buchung der Vergütung von Aushilfskräften zur Überwindung von Arbeitsengpässen.

453 10	254	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	1.703	0	0
--------	-----	--------------------------------------	-------	---	---

Summe HGr. 4:	10.372.600	11.038.200
---------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	83.859	104.000	91.000
--------	-----	---	--------	---------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Geschäftsbedarf	26.000
2.	Bücher, Zeitschriften	25.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	35.000
4.	Sonstiges	5.000
	Summe	91.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

511 20	254	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	60.262	91.300	59.300
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Postgebühren	22.600
2. Mobilfunkanschlüsse	1.000
3. Fernmeldegebühren	35.700
4. Sonstiges	0
Summe	59.300

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

514 10	254	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	55.499	50.800	58.800
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	48.800
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.600
3. Verbrauchsmittel	8.400
4. Sonstiges	0
Summe	58.800

Neben dem Bedarf bei der Haltung von Dienstkraftfahrzeugen werden die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung der Schutzkleidung der Labormitarbeiter veranschlagt. Die Bereitstellung ist nach der Gefahrstoffverordnung, der Richtlinie 1617 des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Brandenburg für Laboratorien sowie den Vorgaben der Berufsgenossenschaft und dem Verband der chemischen Industrie erforderlich.

Verbrauchsmittel: Chemikalien - Elektroden - Glasgeräte - Batterien für Probenahmepumpen - Probenahmeröhrchen, Dosimeter - technische Gase - Verbrauchsmaterial

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf sowie Kostensteigerung.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2006		Soll 2007	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	15	12	15	13
Zusammen	15	12	15	13

517 10	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	177.929	161.000	0
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Übergabe der Hausverwaltung an den BLB, Niederlassungen Potsdam, Cottbus und Bernau, Abteilung Gebäudemangement für folgende Objekte:

LAS, Zentralbereich
Horstweg 57, 14478 Potsdam

LAS, Regionalbereich Süd
Thiemstraße 105 A, 03050 Cottbus

LAS, Regionalbereich West
Max-Eyth-Allee 22, 14469 Potsdam

LAS, Regionalbereich Ost
Eberswalder Straße 106, 16227 Eberswalde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

518 10 254 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 19.008 37.100 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung von Mietzahlungen an den BLB im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells bei Titel 518 25 und Umsetzung nach Titel 518 20.

518 20 254 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 20.000

neu

Erläuterungen:

	2007 EUR
Miete für Stahlflaschen (techn. Gase)	3.600
Miete für Kopiertechnik	16.400
Summe	20.000

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 518 10.

518 25 254 Mietzahlungen an den BLB 581.200

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Anschrift des Objektes (Nutzer)

	2007 EUR
1. LAS, Zentralbereich, Horstweg 57, 14478 Potsdam	149.100
2. LAS, Regionalbereich Süd, Thiemstr. 105 A, 03050 Cottbus	154.300
3. LAS, Regionalbereich West, Max-Eyth-Allee 22, 14469 Potsdam	74.200
4. LAS, Regionalbereich West, Fehrbelliner Str. 4 A, 16818 Neuruppin (einschl. Stellplatzkosten i. H. v. 2.500 EUR)	117.400
5. LAS, Regionalbereich Ost, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O. (einschl. Stellplatzkosten i. H. v. 1.300 EUR)	86.200
Summe	581.200

518 30 254 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 15.326 29.400 29.400

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2006	2007	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge		vorhanden	davon neu
PKW	12	13	1
Zusammen	12	13	1

519 10 254 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 4.834 22.700 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung bei Titel 518 25. Im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells sind Unterhaltungspauschalen Bestandteil der Mietzahlungen an den BLB.

525 10 254 Aus- (und Fort)bildung 21.525 42.400 25.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 525 10

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

526 10	254	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	3.120	2.000	2.000
--------	-----	--	-------	-------	-------

527 10	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	177.235	160.600	180.100
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

531 10	254	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	8.665	11.300	11.300
--------	-----	---	-------	--------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Messen und Ausstellungen	5.000
2.	Druckschriften	6.200
3.	Lehrmaterial für Aufklärungsmaßnahmen	100
Summe		11.300

546 10	254	Sonstiges	1.412	1.600	21.700
--------	-----	-----------	-------	-------	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen Umzugskosten des Regionalbereiches Ost (Eberswalde) in das Behördenzentrum Eberswalde.

547 10	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	18.880	43.200	18.200
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Gemäß Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG), BGBl vom 09. Januar 2004, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 33 vom 07. Juli 2005, haben die zuständigen Behörden eine wirksame Überwachung des Inverkehrbringens von Produkten sowie der in den Verkehr gebrachten Produkte auf der Grundlage eines Überwachungskonzepts zu gewährleisten.

Neben den finanziellen Mitteln für die Entnahme der Prüfmuster aus dem Handel wird insbesondere bedarfsorientierte Mess- und Prüftechnik zur Erfassung physikalischer Messgrößen wie Druck, Kraft, Widerstand, Strom, Verformung usw. benötigt, um ein vermutetes Gefährdungspotential objektiv zu ermitteln und dokumentieren zu können.

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

547 20	254	Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Ausgaben für Ersatzvornahmen dürfen aus den Einnahmen bei Titel 111 10 verauslagt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg und für ordnungsbehördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Handlungen als Sonderordnungsbehörde.

aus Titelgruppen:	198.500	187.500
--------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	955.900	1.285.500
---------------	----------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	254	Erstattung von Verwaltungsgebühren an die unteren Bauaufsichtsbehörden im Erlaubnisverfahren nach der Brandenburgischen Bauordnung	19.995	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 111 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der von den unteren Bauaufsichtsbehörden ermittelten Gebühren für Baugenehmigungen erfolgen. Diese werden gem. Erlass MSWV/MASGF vom 1. Juni 2004 in einem gemeinsamen Gebührenbescheid durch die Arbeitschutzverwaltung erhoben.

Summe HGr. 6:	0	0
---------------	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Aussonderung:

2007

1	PKW
1	Zusammen

812 10	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	32.773	43.000	103.000
--------	-----	--	--------	--------	---------

Erläuterungen:

				2007 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.1.	Zimmerausstattungen			50.000
	Summe zu 1.			50.000
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1.	Zimmerausstattung			16.000
2.2.	Partikelzähler			30.000
2.3.	Probenahmegerät			5.000
2.4.	Explosionsgrenzenmessgerät			2.000
	Summe zu 2.			53.000
	Summe			103.000

Mehr wegen Erstausrüstung für Regionalbereich Ost (Eberswalde) nach Umzug in das Behördenzentrum Eberswalde.

892 10	253	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Summe HGr. 8:	43.000	103.000
---------------	--------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	163.293	3.300	98.500
--------	-----	---	---------	-------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Hardware	5.000
2.	Software	5.000
3.	Unterhaltung	80.000
4.	Kommunikation	8.500
Summe		98.500

Mehr wegen Umsetzung von 95.200 EUR von Titel 518 99 (Wartungsverträge).

518 99	254	Mieten	74.932	195.200	89.000
--------	-----	--------	--------	---------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	89.000
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0
Summe		89.000

Weniger wegen Umsetzung von 95.200 EUR nach Titel 511 99 (Wartungsverträge) sowie in Anpassung an den Bedarf.

525 99	254	Aus- (und Fort)bildung	0	0	0
--------	-----	------------------------	---	---	---

812 99	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	
----------	-----	---------------------------	---	---	--

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 198.500 187.500

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 198.500 187.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	814.900	816.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		814.900	816.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	10.372.600	11.038.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	955.900	1.285.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	43.000	103.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		11.371.500	12.426.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-10.556.600	-11.610.700

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 135 **Maßregelvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	056	Sonstige Einnahmen	65.454	0	0
---------------	------------	---------------------------	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

Summe HGr. 1:			0	0
---------------	--	--	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10	056	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	453.642	87.800	0
---------------	------------	---	----------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungen anderer Bundesländer für die Unterbringung von Patienten nach §§ 63, 64 Strafgesetzbuch und den Vorschriften der Strafprozessordnung.

Weniger wegen Nachweis der Einnahmen bei Titel 671 10 ab dem Haushaltsjahr 2007 (Netto-Veranschlagung).

Summe HGr. 2:			87.800	0
---------------	--	--	---------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

425 10 056 Vergütungen der Angestellten **481.900**

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Personalkosten für die Chefärzte im Maßregelvollzug und ihre Stellvertretungen.

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
AT	hD	0,00	6,00
Zusammen:		0,00	6,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2007

Zugänge:

Neue Stellen		
6,00	AT hD	Chefärzte im Maßregelvollzug sowie ihre Vertretungen
6,00	Zugänge neue Stellen	
6,00	Stellen Zugänge insgesamt	
6,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Summe HGr. 4: **481.900**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10 056 Sonstige Erstattungen für den Vollzug von Maßregeln der **21.915.960**
Besserung und Sicherung in Anstalten **21.427.200** **28.028.300**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kostenerstattungen gemäß §§ 30, 46 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz für die Unterbringung gemäß §§ 63, 64 Strafgesetzbuch und gemäß §§ 81, 126a, 453c i. V. m. 463 Strafprozessordnung in Einrichtungen des Maßregelvollzuges.

Den Ausgaben werden Einnahmen aus der Kostenerstattung für die Unterbringung von Patienten aus anderen Bundesländern zufließen (geplant: 6 Patienten mit Platzkosten von 89.690 EUR, gesamt 538.142 EUR).

Die Einnahmen wurden bis zum Haushaltsjahr 2006 bei Titel 281 10 nachgewiesen.

Mehr wegen Platzzahlsteigerungen und Umstellung der Vergütungssystematik nach Ausgliederung der Landeskliniken einschließlich der Maßregelvollzugseinrichtungen aus der Landesverwaltung sowie erstmaliger Veranschlagung der Kosten für Nachsorgeeinrichtungen ("Institutsambulanzen").

Summe HGr. 6: **21.427.200** **28.028.300**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10 056 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen **0** **0** **0**

Summe HGr. 8: **0** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	87.800	0
Gesamteinnahme		87.800	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben		481.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	21.427.200	28.028.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		21.427.200	28.510.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-21.339.400	-28.510.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	211	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	---------------------------	----------	----------	----------

Summe HGr. 1:	0	0	
---------------	----------	----------	--

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

236 10	211	Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen	530.360	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Erstattungen der Kosten für den Prüfdienst der Krankenversicherung durch die landesunmittelbaren Krankenversicherungsträger gemäß § 274 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch vereinnahmt. Ausgabeseitig wird die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Drittmittel bei der Titelgruppe 80 nachgewiesen. Rückerstattungen an die Krankenkassen aufgrund zuviel geleisteter Abschlagszahlungen sind nach Nr. 3 VV zu § 35 Landeshaushaltsordnung von den Einnahmen abzusetzen.

236 11	229	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern gem. § 87 Abs. 2 Wahlordnung für die Sozialversicherung	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 2:	0	0	
---------------	----------	----------	--

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 150 **Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	229	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

		Summe HGr. 5:	0	0	
--	--	---------------	----------	----------	--

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10	211	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Kosten für Leistungen bei der Prüfung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Sozialgesetzbuch Viertes Buch.

		Summe HGr. 6:	0	0	
--	--	---------------	----------	----------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 80 Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen

Einnahmen bei Titel 236 10 dürfen zur Leistung von Ausgaben innerhalb der Titelgruppe verwendet werden. Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 236 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 236 10.

422 80	211	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	205.169	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Besoldungsaufwand wird durch Erstattungen der Kranken- und Pflegeversicherungen gedeckt, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2006	2007
Regierungsdirektor	1) A15	hD	1,00	1,00
Regierungsrat	2) A13	hD	1,00	1,00
Oberamtsrat	3) A13	gD	4,00	4,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	0,00	0,00
Zusammen:			6,00	6,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) davon 1 Planstelle ohne Besoldungsaufwand
- 2) davon 1 Planstelle ohne Besoldungsaufwand
- 3) davon 4 Planstellen ohne Besoldungsaufwand

425 80	211	Vergütungen der Angestellten	37.130	0	0
--------	-----	-------------------------------------	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Die Kosten werden von den Krankenversicherungen erstattet, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
Vc	mD	1,00	1,00
Zusammen:		1,00	1,00

511 80	211	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.805	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

517 80	211	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.918	0	0
--------	-----	---	--------------	----------	----------

518 80	211	Mietzahlungen an den BLB	19.879	0	0
--------	-----	---------------------------------	---------------	----------	----------

519 80	211	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 150 **Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
525 80	211	Aus- (und Fort)bildung	1.885	0	0
526 80	211	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
527 80	211	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	17.808	0	0
812 80	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80				0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen bei Titel 231 10 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	214	Gebühren, sonstige Entgelte	291.149	91.500	208.000
--------	-----	-----------------------------	---------	--------	---------

Erläuterungen:

Einnahmen, die sich aus der Aufgabenstellung der Dezernate Heimaufsicht, Berufsrecht, Arzneimittel, Apothekenwesen und Medizinalwesen sowie Organisation und Innerer Dienst ergeben.
Mehr in Anpassung an das Ist 2005.

111 20	214	Gebühren und sonstige Entgelte aufgrund der Tätigkeit der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz	4.782	57.800	6.000
--------	-----	---	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Gebühren aufgrund der Tätigkeit der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz sowie für Einnahmen im Rahmen der Umlage der ungedeckten Kosten der Schiedsstellen auf die jeweils beteiligten Organisationen.

Weniger in Anpassung an das Ist 2005.

111 30	214	Gebühren aus Umlageverfahren	23.470	0	0
--------	-----	------------------------------	--------	---	---

Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei Titel 412 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 412 10.

112 10	214	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	4.236	16.100	4.000
--------	-----	--	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern durch Apothekenrevisionen und Heimaufsicht.

Weniger in Anpassung an das Ist 2005.

119 10	214	Sonstige Einnahmen	9.034	15.000	9.000
--------	-----	--------------------	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an das Ist 2005.

124 10	214	Mieten und Pachten	34.325	34.200	34.200
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	34.200
3.	Sonstige Einnahmen	0
	Summe	34.200

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

132 10	214	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	6.700	0
---------------	------------	--	----------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen zentraler Veranschlagung bei Kapitel 07 020 Titel 132 10.

aus Titelgruppen:	1.500	0
--------------------------	--------------	----------

Summe HGr. 1:	222.800	261.200
---------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	214	Zuweisungen des Bundes für die fachliche Fortbildung des Personals	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 525 10.

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	----------	----------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz

119 70	012	Sonstige Einnahmen	791	1.500	0
--------	-----	--------------------	-----	-------	---

132 70	012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			1.500	0
-------------------------------------	--	--	-------	---

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	
----------	-----	---------------------------	---	---	--

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0
-------------------------------------	--	--	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			1.500	0
--	--	--	-------	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

412 10	214	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	11.096	0	0
--------	-----	--------------------------------------	--------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 111 30 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Die ehrenamtlichen Pharmazierate erhalten Entschädigungen nach der Regelung über die Aufwendungen von pharmazeutischen Sachverständigen (ehrenamtliche Pharmazierätinnen oder Pharmazieräte) für die Inanspruchnahme bei Besichtigungen von Apotheken (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 45 vom 15. November 2000).

Die entsprechenden Gebühren werden im Rahmen eines Umlageverfahrens bei Titel 111 30 vereinnahmt.

422 10	214	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	1.290.551	1.401.500	1.482.800
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.482.800
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		1.482.800

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2006	2007
Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung	B4	hD	1,00	1,00
Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	3,00	3,00
Leitender Medizinaldirektor	A16	hD	1,00	1,00
Pharmaziedirektor	A15	hD	1,00	1,00
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	4,00
Oberpharmazierat	A14	hD	1,00	1,00
Oberregierungsrat	A14	hD	8,00	8,00
Pharmazierat	A13	hD	3,00	3,00
Regierungsrat	A13	hD	5,00	5,00
Oberamtsrat	A13	gD	4,00	0,00
Regierungsamtsrat	A13	gD	0,00	4,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	12,00	12,00
Regierungsamtsmann	A11	gD	7,00	7,00
Regierungsamtsinspektor	A10	gD	20,00	20,00
Regierungsinspektor	A9	gD	8,00	8,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	3,00	3,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	5,00	5,00
Regierungsamtssekretär	A7	mD	3,00	3,00
Regierungssekretär	A6	mD	1,00	1,00
Zusammen:			91,00	91,00
Leerstellen:				
Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung	B4	hD	0,00	1,00
Regierungsamtsmann	A11	gD	0,00	1,00
Zusammen:			0,00	2,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2007

Stellenumbenennungen:

4,00	A13 gD	von Oberamtsrat nach Regierungsober- amtsrat	Korrektur Amtsbezeichnung
4,00			
4,00			

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen			
1,00	B4 hD	Präsident des Landesamtes für Sozia- les und Versorgung	Umsetzung Altersteilzeit
1,00	A11 gD	Regierungsamtmann	Umsetzung Altersteilzeit
2,00	Zugänge neue Stellen		
2,00	Stellen Zugänge insgesamt		
2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

422 25 011 Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang) 0 0 0

425 10 214 Vergütungen der Angestellten 21.357.859 23.088.400 24.684.700

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	24.684.700
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
4.	Vergütung für Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	
Summe		24.684.700

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
I	hD	3,00	3,00
Ia	hD	24,00	24,00
davon ku:	4,00 nach Ib hD mit Ausscheiden Stelleninhaber		
Ib	hD	24,00	24,00
Ila	hD	5,00	4,00
III	gD	13,00	13,00
IVa	gD	91,00	90,00
IVb	gD	122,00	120,00
Vb	gD	14,00	12,00
Vc	mD	109,00	107,00
VIb	mD	61,00	59,00
VII	mD	28,00	27,00
VII-IXb	mD	6,00	6,00
VIII	mD	0,00	1,00
VIII	eD	3,00	0,00
IXa	eD	2,00	2,00
IXb	eD	6,00	4,00
Zusammen:		511,00	496,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 425 10

Auszubildende:

Praktikant	eD	7,00	7,00
Zusammen:		7,00	7,00

Leerstellen:

Ia	hD	1,00	1,00
Ib	hD	0,00	1,00
IIa	hD	2,00	4,00
III	gD	4,00	9,00
IVb	gD	10,00	18,00
Vb	gD	7,00	11,00
VIb	mD	3,00	5,00
VII	mD	6,00	6,00
Zusammen:		33,00	55,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2007

Zugänge:

Sonstige Zugänge		
1,00	VIII mD	Korrektur Laufbahn
1,00	Sonstige Zugänge	
1,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	IIa hD	
1,00	IVa gD	
2,00	IVb gD	
2,00	Vb gD	
2,00	Vc mD	
2,00	VIb mD	
1,00	VII mD	
2,00	VIII eD	
2,00	IXb eD	
15,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)		
1,00	VIII eD	Korrektur Laufbahn
1,00	Sonstige Abgänge	
16,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-15,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen		
1,00	Ib hD	Umsetzung Altersteilzeit
2,00	IIa hD	Umsetzung Altersteilzeit
5,00	III gD	Umsetzung Altersteilzeit
8,00	IVb gD	Umsetzung Altersteilzeit
4,00	Vb gD	Umsetzung Altersteilzeit
2,00	VIb mD	Umsetzung Altersteilzeit
22,00	Zugänge neue Stellen	
22,00	Stellen Zugänge insgesamt	
22,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25 011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

426 10 214 Löhne der Arbeiter 348.344 672.600 711.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 426 10

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- Arbeiter	711.700
1.2	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		711.700

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
PT	eD	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
MTArb-O 5a	eD	2,00	2,00
MTArb-O 5	eD	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
MTArb-O 4a	eD	8,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
MTArb-O 4	eD	5,00	0,00
MTArb-O 3a	eD	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
MTArb-O 2a	eD	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2007 infolge Personalbedarfsplanung		
Zusammen:		19,00	8,00
Leerstellen:			
MTArb-O 4a	eD	1,00	1,00
Zusammen:		1,00	1,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2007

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	MTArb-O 4 eD	
1,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)		
6,00	MTArb-O 4a eD	Umsetzung nach 12 020 Titelgruppe 61 (BLB) gem. § 50 LHO
4,00	MTArb-O 4 eD	Umsetzung nach 12 020 Titelgruppe 61 (BLB) gem. § 50 LHO
10,00	Sonstige Abgänge	
11,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-11,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

426 25	011	Löhne aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
427 20	214	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	306.088	0	0
427 49	214	Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung	6.654	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 427 49

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Vergütungen und Löhnen bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

453 10	214	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	0	10.800	10.800
--------	-----	--------------------------------------	---	--------	--------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Trennungsgeld	10.800
2. Umzugskostenvergütungen	0
3. Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0
Summe	10.800

Summe HGr. 4:	25.173.300	26.890.000
---------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

Erläuterungen:

Die Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer im Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz wurde zum 31.12.2005 geschlossen. Die verbliebenen Mitarbeiter sind in eine landeseigene Liegenschaft am Standort Cottbus (Zittauer Straße) umgezogen und nehmen von dort aus die Behördenaufgaben weiterhin wahr.

511 10	214	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	289.424	278.000	300.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Geschäftsbedarf	167.900
2. Bücher, Zeitschriften	65.300
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	46.800
4. Sonstiges	20.000
Summe	300.000

511 20	012	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	429.976	424.600	450.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Postgebühren	383.300
2. Mobilfunkanschlüsse	1.900
3. Fernmeldegebühren	64.300
4. Sonstiges	500
Summe	450.000

514 10	214	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	29.217	65.700	0
--------	-----	---	--------	--------	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 514 10

Erläuterungen:

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2006		Soll 2007	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	1	0	0
PKW	19	17	0	0
Zusammen	21	18	0	0

Weniger wegen Nutzung der Fahrdienste beim BLB in den Niederlassungen Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam. An den Fahrzeugpool wurden folgende Dienstfahrzeuge abgegeben:

19 PKW
2 Kleinbusse

514 25 214 **Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB** **749.400**
neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

	2007 EUR
1. personengebundenen Fahrdienst	0
2. allgemeinen Fahrdienst	749.400
Summe	749.400

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in den Niederlassungen Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam.

517 10 214 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **350.426** **318.700** **0**

Erläuterungen:

Weniger wegen Übergabe der Hausverwaltung an den BLB, Niederlassungen Cottbus und Potsdam, Abteilung Gebäudemanagement für folgende Objekte:

LASV, Abt. 5 und 7
Weinbergstraße 10, 03050 Cottbus

LASV, Abt. 6
Zittauer Straße 19, 03046 Cottbus

LASV, Abt. 9
Zeppelinstr. 48, 14471 Potsdam

518 10 214 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** **414.908** **223.500** **0**

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung von Mietzahlungen an den BLB im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells bei Titel 518 25.

518 20 214 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** **16.645** **25.000** **85.000**

Erläuterungen:

Mehr wegen Einführung integrierter Kopier- und Drucktechnik und Umsetzung aus Kapitel 07 160 Titel 518 10.

518 25 214 **Mietzahlungen an den BLB** **2.019.600**
neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 518 25

					2007 EUR
1.	LASV, Abt. 1 bis 3, Lipezker Str. 45, Haus 5, 03048 Cottbus einschl. Stellplatz-				431.200
	kosten i. H. v. 19.100 EUR				
2.	LASV, LGA, Wünsdorfer Platz 3, 15838 Wünsdorf einschl. Stellplatzkosten i. H.				268.000
	v. 2.600 EUR				
3.	LASV, Abt. 5 und 7, Weinbergstraße 10, 03050 Cottbus				461.400
4.	LASV, Abt. 6, Zittauer Str. 19, 03046 Cottbus				122.400
5.	LASV, Abt. 9, Zeppelinstr. 48, 14471 Potsdam				377.800
6.	LASV, Abt. 8, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O. einschl. Stellplatz-				358.800
	kosten i. H. v. 5.200 EUR				
Summe					2.019.600

518 30 214 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 13.330 30.700 0

Erläuterungen:

	2006	2007	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge		vorhanden	davon neu
Kleinbus	1	0	0
PKW	17	0	0
Zusammen	18	0	0

Weniger wegen Nutzung von Fahrdiensten des Fahrzeugpools beim BLB in den Niederlassungen Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam.

519 10 214 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 4.870 6.000 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung bei Titel 518 25. Im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells sind Unterhaltungspauschalen Bestandteil der Mietzahlungen an den BLB.

525 10 214 Aus- (und Fort)bildung 40.830 50.000 50.000

Erläuterungen:

			2007 EUR
1.	Aus- und Fortbildung		50.000
2.	Lehr- und Lernmittel		0
Summe			50.000

Neben Landesmitteln für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten werden in der Regel Bundesmittel zweckgebunden für die Förderung des überregionalen Erfahrungsaustausches zwischen Ärzten, Beamten und Angestellten der Versorgungsverwaltungen der Länder zur Verfügung gestellt.

526 10 214 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 415 900 6.100

Erläuterungen:

			2007 EUR
1.	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen		100
2.	Widerspruchsausschuss für Entscheidungen des Integrationsamtes nach dem SGB IX		400
3.	Berufsbildungsausschuss für Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen gem. § 77 Berufsbildungsgesetz - BBiG (GVBl. II v. 16.09.2003)		5.600
Summe			6.100

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

Mehr wegen Berufung des Berufsbildungsausschusses gem. § 77 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 931).

526 20	214	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	141.455	157.000	157.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 07 160/526 70 (Ist 2005: 16.283 Euro, Ansatz 2006: 27.000 Euro).

	2007 EUR
1. Sachverständigengutachten	28.800
2. Kosten aus Streitverfahren bei den Sozialgerichten und der Schiedsstelle	53.000
3. Kosten aus Streitverfahren bei den Arbeitsgerichten	8.500
4. Kosten aus Streitverfahren bei den Zivilgerichten	40.000
5. Kosten aus Streitverfahren bei Verwaltungsgerichten	25.000
6. Kosten für ärztliche und amtsärztliche Untersuchungen für Neueinstellungen und Kosten für Auslagenpauschalen für die Versendung von Akten	700
7. Übersetzungs- und Dolmetscherarbeiten	1.000
Summe	157.000

526 30	214	Entschädigung von Sachverständigen	0	0	8.000
---------------	------------	---	----------	----------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Entschädigungszahlungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den anerkannten Abschluss "Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen" gem. § 40 des Berufsbildungsgesetzes vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 931).
Mehr wegen erstmaliger Berufung des Prüfungsausschusses.

526 40	214	Kosten der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz	1.983	7.000	13.000
---------------	------------	---	--------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Ausgaben der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz, für die nach einem Umlageverfahren entsprechende Gebühren und sonstige Entgelte bei Titel 111 20 vereinnahmt werden.
Mehr wegen höherer Entschädigungen gemäß Schiedsstellenverordnung.

527 10	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	51.066	55.000	50.700
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

527 20	214	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	4.445	6.000	6.000
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

531 10	214	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	3.496	2.800	10.500
---------------	------------	--	--------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für den Jahresbericht des LASV, Merkblätter, Mitteilungsblätter und Bürgerinformationen (insbesondere zur Aufklärung über die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Sozialleistungen nach den Sozialgesetzbüchern gemäß § 13 SGB I).
Mehr wegen Einstellung von Mitteln für die Herstellung eines Informationsblattes zum Opferentschädigungsgesetz.

533 10	214	Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen und Sonstiges	798	3.000	3.000
---------------	------------	---	------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Sicherstellung der Aufgaben als überörtliche Betreuungsbehörde nach § 2 (2) Betreuungsausführungsgesetz - BtAusfGBbg (geändert: GVBl. I Nr. 6 v. 23.04.2003).

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

546 10	214	Sonstiges	15.530	20.000	20.000
--------	-----	-----------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vollstreckungskosten im Rahmen der Ausgleichsabgabe.

546 30	214	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	28.749	15.000	0
--------	-----	--	--------	--------	---

aus Titelgruppen:

	1.000.000	214.600
--	-----------	---------

Summe HGr. 5:

	2.688.900	4.142.900
--	-----------	-----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	214	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	12.800	0
--------	-----	----------------------------------	---	--------	---

Erläuterungen:

Weniger wegen Nutzung von Fahrdiensten des Fahrzeugpools beim BLB.

Aussonderung:

2007

1	Kleinbus
2	PKW
3	Zusammen

812 10	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	76.781	20.000	20.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Ersatzbeschaffung	
1.1.	Registratur/Archiv	20.000
	Summe zu 1.	20.000
2.	Erstbeschaffung	
	Summe zu 2.	0
	Summe	20.000

aus Titelgruppen:

	294.300	60.000
--	---------	--------

Summe HGr. 8:

	327.100	80.000
--	---------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 70 Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz

511 70	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.717	33.100	0
--------	-----	--	---------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 160 Titel 511 10 von 19.000 EUR und nach Kapitel 07 160 Titel 511 20 von 14.100 EUR.

514 70	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	6.648	8.900	0
--------	-----	--	--------------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

517 70	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	408.663	454.000	0
--------	-----	---	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

518 70	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	274.384	250.000	0
--------	-----	--	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

519 70	012	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	638	7.000	0
--------	-----	--	------------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

539 70	012	Kulturelle Betreuung	3.746	7.000	0
--------	-----	-----------------------------	--------------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

546 70	012	Sonstiges	37.575	66.000	0
--------	-----	------------------	---------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

812 70	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	5.000	0
--------	-----	--	----------	--------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

(526 70) 012 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 07 160/526 20 (Ist 2005: 16.283Euro, Ansatz 2006: 27.000Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 831.000 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 214 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation 92.597 65.600 70.000

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Hardware	1.500
2. Software	3.500
3. Unterhaltung	63.900
4. Kommunikation	600
5. Sonstiges	500
Summe	70.000

518 99 214 Mieten 35.975 43.300 86.000

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	47.500
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	38.500
Summe	86.000

Mehr wegen Beschaffung von Technik über Leasing-Verträge.

525 99 214 Aus- (und Fort)bildung 23.815 20.800 20.800

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Aus- und Fortbildung	20.800
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	20.800

538 99 214 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 36.502 44.300 37.800

Erläuterungen:

Benutzerentgelte Datenverarbeitungsverfahren

	2007 EUR
1. Kriegsopferversorgung	26.800
2. Sozialhilfeabgleich	700
3. Arzneimittelinformationssystem	4.100
4. Rechtsdatenbank	700
5. PROSID	5.000
6. Sonstiges	500
Summe	37.800

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 160 **Landesamt für Soziales und Versorgung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 538 99

Weniger in Anpassung an den aktuellen Bedarf.

812 99	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	833.265	289.300	60.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

					2007 EUR
1.	Erstbeschaffung				
1.1.	Hardware				0
1.2.	Software				0
	<i>Summe zu 1.</i>				<i>0</i>
2.	Ersatzbeschaffung				
2.1.	Hardware				45.000
2.2.	Software				15.000
	<i>Summe zu 2.</i>				<i>60.000</i>
	Summe				60.000

Weniger wegen Ersatzbeschaffung von IT über Leasing.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0
-----------------	------------	----------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	463.300	274.600
-----------------------	---------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.294.300	274.600
-----------------------	---------------------------------	------------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	222.800	261.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		222.800	261.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	25.173.300	26.890.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.688.900	4.142.900
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	327.100	80.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		28.189.300	31.112.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-27.966.500	-30.851.700

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 180 Landeskrankenhäuser

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Nach Ausgliederung der Landeskliniken aus der Landesverwaltung in 2006 werden Einnahmen nicht mehr anfallen.
Das Kapitel wird zur Darstellung der Ist-Ergebnisse weitergeführt.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	312	Sonstige Einnahmen	213	0	0
121 10	312	Ablieferungen der Krankenhäuser	8.657.700	8.700.000	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Auflösung von Rücklagen der Landeskliniken.
Weniger wegen der Ausgliederung der Landeskliniken aus der Landesverwaltung im Jahr 2006.

124 10	312	Mieten und Pachten	0	0	0
131 10	312	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0	0	0

Erläuterungen:

Der Titel wurde ausgebracht für Einnahmen in 2006 aus der Veräußerung der Landeskliniken.

Summe HGr. 1:			8.700.000	0	0
---------------	--	--	------------------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	288.250	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Summe HGr. 3:			0	0	0
---------------	--	--	----------	----------	----------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 180 **Landeskrankenhäuser**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Nach Ausgliederung der Landeskliniken aus der Landesverwaltung in 2006 werden Ausgaben nicht mehr anfallen.
Das Kapitel wird zur Darstellung der Ist-Ergebnisse weitergeführt.

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	312	Zuführungen des Landes an die Landeskrankenhäuser	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 6:	0	0
---------------	----------	----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

891 10	312	Zuführung des Landes an die Landeskrankenhäuser zu den Investitionsaufwendungen	1.167.706	1.562.000	0
---------------	------------	--	------------------	------------------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Mittelumsetzung nach Kapitel 07 050 Titel 893 70 infolge der Ausgliederung der Landeskliniken aus der Landesverwaltung.

Summe HGr. 8:	1.562.000	0
---------------	------------------	----------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	288.250	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.700.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		8.700.000	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.562.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		1.562.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		7.138.000	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	1.474.669	1.228.700	1.300.000
---------------	------------	------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

	2007 EUR
Obduktionen	430.000
Histologie	0
Spurenuntersuchungen	0
Kühlung	5.000
Theoretische Gutachten	80.000
Blutalkoholbestimmungen	305.000
Toxikologische Spezialuntersuchungen	290.000
Einnahmen für Fahrtkosten und Schreibarbeiten	0
Vaterschaftsbestimmungen	190.000
Leichenschauen	0
Sonstiges	0
Summe	1.300.000

Mehr wegen Anpassung an das Ist des Jahres 2005.

119 10	314	Sonstige Einnahmen	0	0	0
---------------	------------	---------------------------	----------	----------	----------

132 10	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 1:	1.228.700	1.300.000
----------------------	------------------	------------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0
----------	-----	---------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	0	0
-----------------------	---------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

425 10	314	Vergütungen der Angestellten	1.286.469	1.249.300	1.379.000
--------	-----	------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	1.379.000
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
4.	Vergütung für Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	
Summe		1.379.000

Stellenübersicht:

VergGr.	Lfb.	2006	2007
I	hD	1,00	1,00
Ia	hD	3,00	3,00
Ib	hD	5,00	5,00
IIa	hD	3,00	3,00
IVa	gD	2,00	2,00
IVb	gD	3,00	3,00
Vb	gD	1,00	1,00
Vc	mD	2,00	2,00
VIb	mD	3,00	3,00
VII	mD	1,00	1,00
VII-IXb	mD	1,00	1,00
Zusammen:		25,00	25,00
Leerstellen:			
Ia	hD	1,00	1,00
Zusammen:		1,00	1,00

425 25	011	Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

427 20	314	Vergütungen und Löhne für Aushilfen			0
--------	-----	-------------------------------------	--	--	---

neu

453 10	314	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	0	0	0
--------	-----	--------------------------------------	---	---	---

Summe HGr. 4:			1.249.300	1.379.000
---------------	--	--	-----------	-----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	42.018	17.900	17.900
--------	-----	---	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.800
2.	Bücher, Zeitschriften	3.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000
4.	Sonstiges	0
	Summe	17.900

511 20 314 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 11.360 10.500 10.500

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Postgebühren	5.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	400
3.	Fernmeldegebühren	5.100
4.	Sonstiges	0
	Summe	10.500

514 10 314 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 118.592 138.500 138.500

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	6.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.100
3.	Verbrauchsmittel	128.700
4.	Sonstiges	0
	Summe	138.500

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2006		Soll 2007	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	4	0	4	0
Zusammen	4	0	4	0

517 10 314 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 74.361 77.600 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Übergabe der Hausverwaltung an den BLB, Niederlassungen Potsdam und Frankfurt/Oder, Abteilung Gebäudemangement für folgende Objekte:

BLR, Lindstedter Chaussee 6, 14469 Potsdam

BLR, Außenstelle Frankfurt/O., Nuhnenstr. 8, 15234 Frankfurt/O.

518 10 314 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 0 0 0

Einnahmen aus Entgelten für Obduktionen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich für die Anmietung von Sektionssälen ausgebracht.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

518 25 314 **Mietzahlungen an den BLB** **163.300**
neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Anschrift des Objektes (Nutzer)

		2007 EUR
1.	Brandenburgisches Landesinstitut für Rechtsmedizin, Lindstedter Chaussee 6, 14469 Potsdam	149.600
2.	Brandenburgisches Landesinstitut für Rechtsmedizin, Außenstelle Frankfurt/ O., Nuhnenstraße 8, 15234 Frankfurt/O.	13.700
Summe		163.300

519 10 314 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden
und Räumen** **5.493** **5.400** **0**

Erläuterungen:

Weniger wegen Veranschlagung bei Titel 518 25. Im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells sind Unterhaltungspauschalen Bestandteil der Mietzahlungen an den BLB.

525 10 314 **Aus- (und Fort)bildung** **1.856** **1.400** **1.400**

526 10 314 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** **10.721** **22.400** **22.400**

Erläuterungen:

Ausgaben für Gutachten und Laborleistungen, die im Zusammenhang mit der Erstellung von Blutalkoholbestimmungen und Vaterschaftsgutachten anfallen.

527 10 314 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** **377** **1.200** **1.200**

546 10 314 **Sonstiges** **165.120** **116.400** **165.100**

Erläuterungen:

Mehr wegen gestiegener umsatzsteuerlicher Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt.

aus Titelgruppen:

		7.800	7.800
Summe HGr. 5:		399.100	528.100

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 314 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen** **0** **0** **12.800**

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mehr wegen erforderlicher Ersatzbeschaffung.

812 10 314 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-
ständen im Inland** **14.995** **27.600** **50.000**

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie**
07 190 **Landesinstitut für Rechtsmedizin**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Erstbeschaffung	0
2.	Ersatzbeschaffung	
2.1	Ersatzbeschaffung Laborgeräte	50.000
	Summe	50.000

Mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffung eines Analyseautomaten zur Begleitstoffanalytik.

aus Titelgruppen:	5.900	5.900
Summe HGr. 8:	33.500	68.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	6.404	6.400	6.400
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Hardware	3.100
2.	Software	3.000
3.	Unterhaltung	0
4.	Kommunikation	300
5.	Sonstiges	0
	Summe	6.400

538 99	314	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1.484	1.400	1.400
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2007 EUR
1.	Kosten für Sachverständige sowie Systemanalysen	0
2.	Datenerfassung durch Dritte, Kosten für die Erstellung von individueller Software	1.400
	Summe	1.400

812 99	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	5.950	5.900	5.900
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
	Summe zu 1.	0
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Hardware	5.900
	Summe zu 2.	5.900
	Summe	5.900

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	
----------	-----	---------------------------	---	---	--

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 13.700 13.700

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 13.700 13.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.228.700	1.300.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		1.228.700	1.300.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.249.300	1.379.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	399.100	528.100
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	33.500	68.700
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		1.681.900	1.975.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-453.200	-675.800

Haushaltsübersicht 2007

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2007	2008	2009	2010	2011 ff.
			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie						
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	255,6	255,6				
07 030	Arbeitsmarkt						
684 50	Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)	3.424,6	3.424,6				
	Titel aus Titelgruppe 63						
684 63	Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost	16.680,8	6.255,3	6.255,3	4.170,2		
893 63	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	800,0	800,0				
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	4.125,5	4.125,5				
	Titel aus Titelgruppe 71						
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	890,0	890,0				
	Titel aus Titelgruppe 72						
685 72	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	500,0	500,0				
	Titel aus Titelgruppe 73						
685 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	125,0	125,0				
	Titel aus Titelgruppe 74						
684 74	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	75.840,0	43.400,0	16.940,0	12.500,0	3.000,0	
	Titel aus Titelgruppe 75						
684 75	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	5.035,0	3.550,0	1.200,0	285,0		
	Titel aus Titelgruppe 76						
685 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4.300,0	2.000,0	1.500,0	800,0		
	Titel aus Titelgruppe 77						
685 77	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.433,4	666,7	500,0	266,7		

Haushaltsübersicht 2007

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
Titel			2007	2008	2009	2010	2011 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
07 040	Gesundheit						
	Titel aus Titelgruppe 80						
633 80	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	30,0	30,0				
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	152,8	152,8				
	Titel aus Titelgruppe 86						
633 86	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	600,0	600,0				
684 86	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	150,0	150,0				
07 050	Krankenhäuser und Krankenhausförderung						
	Titel aus Titelgruppe 60						
892 60	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	78.000,0	10.000,0	3.000,0	15.000,0	50.000,0	
07 070	Förderung der Sozialstruktur						
684 11	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich	25,0	25,0				
684 12	Förderung von Projekten im sozialen Bereich	250,0	250,0				
	Titel aus Titelgruppe 90						
684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	358,8		179,4	179,4		
07 080	Frauenförderung, Gleichstellung, Familie						
	Titel aus Titelgruppe 65						
633 65	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	300,0	300,0				
683 65	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	120,0	120,0				
684 65	Zuschüsse an freie Träger	680,0	680,0				
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	1.000,0	1.000,0				
	Zusammen	195.076,5	79.300,5	29.574,7	33.201,3	53.000,0	

Übersicht über Planstellen und Stellen 2007

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel										
	07010	07130	07135	07150	07160	07190					Ges.
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 hD	1,00										1,00
B6 hD	4,00										4,00
B4 hD					1,00						1,00
B3 hD	1,00										1,00
B2 hD	16,00	1,00			1,00						18,00
Summe	22,00	1,00			2,00						25,00
Besoldungsordnung A											
A16 hD	12,00	3,00			4,00						19,00
A15 hD	16,00	12,00		1,00	5,00						34,00
A14 hD	19,00	14,00			9,00						42,00
A13 hD	6,00	9,00		1,00	8,00						24,00
A13 gD	30,00	15,00		4,00	4,00						53,00
A12 gD	12,00	16,00		0,00	12,00						40,00
A11 gD	11,00	20,00			7,00						38,00
A10 gD		11,00			20,00						31,00
A9 gD					8,00						8,00
A9 mD	2,00	6,00			3,00						11,00
A8 mD		5,00			5,00						10,00
A7 mD					3,00						3,00
A6 mD					1,00						1,00
Summe	108,00	111,00		6,00	89,00						314,00
hD	75,00	39,00		2,00	28,00						144,00
gD	53,00	62,00		4,00	51,00						170,00
mD	2,00	11,00			12,00						25,00
Summe 2007	130,00	112,00		6,00	91,00						339,00
Summe 2006	128,00	112,00		6,00	91,00						337,00
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 hD		1,00									1,00
A10 gD		2,00									2,00
Summe		3,00									3,00
hD		1,00									1,00
gD		2,00									2,00
Summe 2007		3,00									3,00
Summe 2006		3,00									3,00
4. Nichtbeamtete Kräfte											
4.1 Angestellte											
AT B 3 hD	0,00										0,00
AT hD			6,00								6,00
I hD	4,00	2,00			3,00	1,00					10,00
Ia hD	10,00	6,00			24,00	3,00					43,00
Ib hD	8,00	9,00			24,00	5,00					46,00
IIa hD	3,00	2,00			4,00	3,00					12,00
III gD	34,00	25,00			13,00						72,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2007

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

		Kapitel								
		07010	07130	07135	07150	07160	07190			Ges.
IVa gD	20,00	42,00				90,00	2,00			154,00
IVb gD	1,00	4,00				120,00	3,00			128,00
Vb gD	1,00	2,00				12,00	1,00			16,00
Vc mD	2,00	12,00		1,00		107,00	2,00			124,00
VIb mD	11,00	7,00				59,00	3,00			80,00
VII mD	15,00					27,00	1,00			43,00
VII-IXb mD		3,00				6,00	1,00			10,00
VIII mD		1,00				1,00				2,00
VIII eD		0,00				0,00				0,00
IXa eD						2,00				2,00
IXb eD						4,00				4,00
Summe	109,00	115,00	6,00	1,00		496,00	25,00			752,00
hD	25,00	19,00	6,00			55,00	12,00			117,00
gD	56,00	73,00				235,00	6,00			370,00
mD	28,00	23,00		1,00		200,00	7,00			259,00
eD		0,00				6,00				6,00
Summe 2007	109,00	115,00	6,00	1,00		496,00	25,00			752,00
Summe 2006	110,00	127,00	0,00	1,00		511,00	25,00			774,00
Praktikant eD	15,00					7,00				22,00
4.2 Arbeiter										
PT eD	1,00					1,00				2,00
MTArb-O 5a eD						2,00				2,00
MTArb-O 5 eD						1,00				1,00
MTArb-O 4a eD						2,00				2,00
MTArb-O 4 eD						0,00				0,00
MTArb-O 3a eD						1,00				1,00
MTArb-O 2a eD						1,00				1,00
Summe	1,00					8,00				9,00
eD	1,00					8,00				9,00
Summe 2007	1,00					8,00				9,00
Summe 2006	1,00					19,00				20,00
Stellen 2007	240,00	227,00	6,00	7,00		595,00	25,00			1.100,00
Stellen 2006	239,00	239,00	0,00	7,00		621,00	25,00			1.131,00
Leerstellen:										
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung B										
B4 hD						1,00				1,00
B2 hD	2,00									2,00
Summe	2,00					1,00				3,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	1,00									1,00
A14 hD	2,00									2,00
A12 gD	1,00									1,00
A11 gD						1,00				1,00
A10 gD	1,00									1,00
A9 gD	1,00									1,00
Summe	6,00					1,00				7,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2007

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel										
	07010	07130	07135	07150	07160	07190					Ges.
hD	5,00				1,00						6,00
gD	3,00				1,00						4,00
Summe 2007	8,00				2,00						10,00
Summe 2006	7,00				0,00						7,00
4. Nichtbeamtete Kräfte											
4.1 Angestellte											
AT B 3 hD	0,00										0,00
AT B 2 hD	1,00										1,00
I hD	0,00	1,00									1,00
Ia hD	2,00				1,00	1,00					4,00
Ib hD	3,00				1,00						4,00
Ila hD	2,00	4,00			4,00						10,00
III gD	4,00	4,00			9,00						17,00
IVa gD		1,00									1,00
IVb gD	1,00	1,00			18,00						20,00
Vb gD	1,00	2,00			11,00						14,00
Vc mD	1,00										1,00
VIb mD	1,00	1,00			5,00						7,00
VII mD	1,00				6,00						7,00
Summe	17,00	14,00			55,00	1,00					87,00
hD	8,00	5,00			6,00	1,00					20,00
gD	6,00	8,00			38,00						52,00
mD	3,00	1,00			11,00						15,00
Summe 2007	17,00	14,00			55,00	1,00					87,00
Summe 2006	13,00	16,00			33,00	1,00					63,00
4.2 Arbeiter											
MTArb-O 4a eD					1,00						1,00
Summe					1,00						1,00
eD					1,00						1,00
Summe 2007					1,00						1,00
Summe 2006					1,00						1,00
Leerstellen 2007	25,00	14,00			58,00	1,00					98,00
Leerstellen 2006	20,00	16,00			34,00	1,00					71,00

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Einzelplan

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Kraftfahräder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
07 130	15	15							15	15
geleast	12	13							12	13
07 160	21								21	
geleast	18								18	
07 190	4	4							4	4
geleast										
Zus.	40	19							40	19
geleast	30	13							30	13